

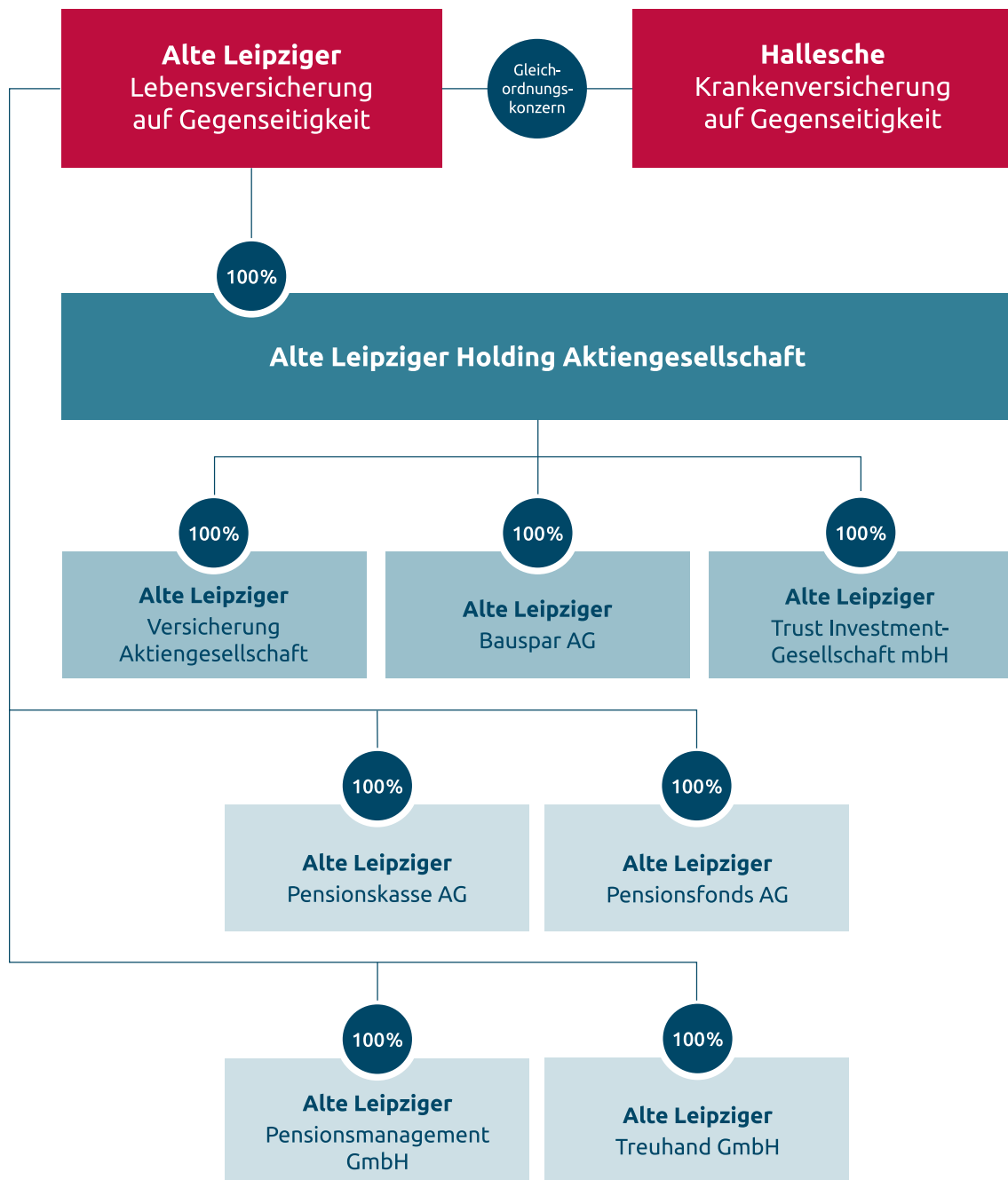


Alte Leipziger

ALH Gruppe

Geschäftsbericht 2022

**Alte Leipziger
Pensionskasse AG**



* Zur ALH Gruppe zählen die beiden Mutterunternehmen Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit und Hallesche Krankenversicherung auf Gegenseitigkeit sowie alle Tochtergesellschaften.

Inhalt

4	Aufsichtsrat, Vorstand, Treuhand für das Sicherungsvermögen, Verantwortlicher Aktuar
5	Bericht des Aufsichtsrats
7	Bericht des Vorstands – Lagebericht
20	Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2022
22	Bilanz zum 31. Dezember 2022
24	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022
26	Anhang zum Jahresabschluss
26	Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden
29	Kapitalflussrechnung
30	Erläuterungen zur Bilanz
35	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
35	Sonstige Angaben
37	Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer im Jahr 2023
47	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
50	Kontakt

Aufsichtsrat

Christoph Bohn

Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Vorsitzender
Bad Soden am Taunus

Dr. Jürgen Bierbaum

Aktuar (DAV)
stv. Vorsitzender der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
stv. Vorsitzender
Waiblingen

Martin Rohm

Mitglied der Vorstände
der Alte Leipziger Lebensversicherung/
Hallesche Krankenversicherung/
Alte Leipziger Holding
Königstein im Taunus

Vorstand

Michael Reinelt

Frankfurt am Main

Sakip Ziyal

Oberursel (Taunus)

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Helmut Fritsch

Treuhänder
Oberursel (Taunus)

Rudolf Lammers

Stellvertreter des Treuhänders
Oberursel (Taunus)

Verantwortlicher Aktuar

Dr. Erich Dersch

Aktuar (DAV)
Biedenkopf

Die Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand sind Teil des Anhangs.

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung laufend überwacht und beratend begleitet.

Der Aufsichtsrat ist im Geschäftsjahr 2022 zu zwei Sitzungen zusammengetreten und hat sich sowohl inner- als auch außerhalb der Sitzungen durch schriftliche und mündliche Berichte über den Gang und die Entwicklung der Geschäfte ausführlich unterrichten lassen.

Arbeit des Aufsichtsrats

In seinen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat ausführlich mit der Geschäftsentwicklung, der Geschäftsstrategie und der Unternehmensplanung befasst. Der Aufsichtsrat erörterte mit dem Vorstand eingehend die Entwicklung der wesentlichen Unternehmenskennzahlen.

Im Rahmen der Geschäftsstrategie erörterte der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand die Wettbewerbssituation der Pensionskassen in Deutschland. In diesem Zusammenhang setzte sich der Aufsichtsrat mit der strategischen Ausrichtung der Gesellschaft und ihrer Bedeutung für den Konzern bei der Komplettierung des Angebots zur betrieblichen Altersversorgung auseinander.

Mit Blick auf den Zinsanstieg am Kapitalmarkt erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand eingehend die Kapitalanlagestrategie und die Kapitalanlageplanung der Gesellschaft.

Neben den Vorstands- und Aufsichtsratsangelegenheiten befasste sich der Aufsichtsrat sowohl in als auch außerhalb der Sitzungen insbesondere mit den aktuellen gesetzlichen und regulatorischen Entwicklungen.

Zum Thema Nachhaltigkeit ließ sich der Aufsichtsrat die vom Vorstand in der Nachhaltigkeitsstrategie definierten Ziele vorstellen und erläutern. Im Einklang mit der Nachhaltigkeitsstrategie der ALH Gruppe sind auch für die Alte Leipziger Pensionskasse AG die Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte sowie klimaschonendes Handeln wesentliche unternehmerische Vorgaben. Für das Geschäftsjahr 2023 wurden – wie auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2022 – Nachhaltigkeitsziele in der Vorstandsvergütung verankert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Vorstand den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend sowie den

gesetzlichen Vorgaben entsprechend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements sowie über die Wahrung der Compliance informiert hat.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats stand mit dem Vorstand in ständiger enger Verbindung. Er ließ sich regelmäßig über bedeutsame Fragen und Maßnahmen der Geschäftspolitik informieren. Die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden über die Ergebnisse laufend unterrichtet.

Das vom Aufsichtsrat beauftragte Mitglied, Herr Martin Rohm, berichtete dem Aufsichtsrat in der Bilanzsitzung am 9. März 2023 über seine vorbereitende Tätigkeit und Prüfungen hinsichtlich der Aufgaben des Aufsichtsrats nach § 107 Absatz 3 Satz 2 AktG.

Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung erteilt und dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts in der Bilanzsitzung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Erläuterungsbericht und die Ausführungen hierzu zustimmend zur Kenntnis genommen.

Jahresabschluss 2022

Der Abschlussprüfer, die KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 sowie den Lagebericht des Vorstands unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Der Abschlussprüfer hat in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer angeschlossen und hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Bilanzgewinns hat sich der Aufsichtsrat angeschlossen.

Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG sowie den hierzu vom Abschlussprüfer gemäß § 313 AktG erstatteten Prüfungsbericht vorgelegt. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers lautet wie folgt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft und hat sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Personelle Veränderungen 2022

Die Herren Christoph Bohn, Martin Rohm und Dr. Jürgen Bierbaum wurden jeweils wieder zu Mitgliedern des Aufsichtsrats gewählt. Der Aufsichtsrat wählte Herrn Christoph Bohn erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Oberursel (Taunus), den 9. März 2023

Alte Leipziger
Pensionskasse AG

Der Aufsichtsrat

Bohn	Dr. Bierbaum	Rohm
Vorsitzender	stv. Vorsitzender	

Bericht des Vorstands – Lagebericht

Gesamtwirtschaftlicher Rahmen¹

Die deutsche Volkswirtschaft ist im Jahr 2022 preis- und kalenderbereinigt trotz hoher Energiepreise unter anderem dank der expansiven Fiskalpolitik der Bundesregierung und der Aufhebung fast aller Corona-Maßnahmen real um 1,9 % gewachsen.

Der private Konsum – als wichtigste Größe des Bruttoinlandsprodukts – konnte real mit 4,6 % einen bedeutsamen Wachstumsbeitrag leisten. Dies war unter anderem konsumtiven Nachholeffekten aufgrund beendeter staatlicher Corona-Maßnahmen zu verdanken. Die staatlichen Konsumausgaben wuchsen dagegen im Jahr 2022 unterdurchschnittlich mit 1,1 %, die Bauinvestitionen verzeichneten auch aufgrund des Endes des zinsinduzierten Booms am Immobilienmarkt ein Minus von 1,6 %. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen dagegen real um 2,5 % an. Die Exportindustrie verzeichnete einen realen Zuwachs von 3,2 %, während die Importe um 6,7 % stiegen, so dass der Aussenhandelsbeitrag in 2022 negativ war.

Erneut musste aufgrund diverser staatlicher Sonderausgaben ein hohes Staatsdefizit in Kauf genommen werden. Nach vorläufigen Berechnungen beendeten die staatlichen Haushalte das Haushaltsjahr 2022 insgesamt mit einem Defizit von 101,6 Mrd. € bzw. mit einer Defizitquote von 2,6 %. Die durchschnittliche Inflationsrate im Jahr 2022 lag bei 7,9 %, was insbesondere den relativ hohen Energiepreisen geschuldet war.

Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Berichtsjahr 2022 um 1,3 % auf 45,6 Millionen Beschäftigte und erreichte damit einen neuen Allzeit-Höchststand.

Kapitalmärkte

Die Aktienmärkte entwickelten sich im Jahre 2022 angesichts diverser Krisen um den Ukrainekrieg und die Energieversorgung schwach. Der DAX-Performance Index fiel vom Jahresanfang mit 15.947 Punkten auf 13.923 Punkte am Jahresende. Der Dax verzeichnete ein prozentuales Minus von 12,7 %. Auch der EuroStoxx 50 entwickelte sich negativ,

er startete in das Jahr 2022 mit 4.304 Punkten und beendete das Jahr mit 3.794 Punkten. Dies stellte ein Minus von 11,8 % beim Euro Stoxx 50 dar.

Die durchschnittliche Umlaufrendite von Anleihen der öffentlichen Hand verzeichnete angesichts der Zinswende der führenden Notenbanken einen erheblichen Zinsanstieg im Verlauf des Jahres 2022. Die Rendite lag an dessen Ende bei 2,61 %. Der Zinsanstieg innerhalb eines Jahres lag damit bei knapp 290 Basispunkten.

Entwicklung des Pensionskassenmarktes

Bei den in die Statistik des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) einbezogenen Pensionskassen sank im Neugeschäft – nach vorläufigen Angaben – die Anzahl der Verträge um 5,5 %. Der laufende Beitrag reduzierte sich um 17,9 % und die Beitragssumme des Neugeschäfts ging um 10,5 % zurück. Der Einmalbeitrag stieg hingegen um 2,5 %. Die gebuchten Beiträge verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,3 %.

Unsere Geschäftsergebnisse im Überblick

Die gebuchten Beiträge blieben nahezu konstant, das Neugeschäft sank. Der Abgang resultierte überwiegend aus vorzeitigem Abgang. Die Stornoquote nach laufenden Beiträgen hat sich reduziert. Die Abschlusskostenquote und die Verwaltungskostenquote liegen unter ihrem Vorjahreswert. Das Kapitalanlageergebnis hat sich vermindert. Es resultiert im Wesentlichen aus geringeren Abgangsgewinnen. Die Erhöhung der Deckungsrückstellung fiel niedriger aus als im Vorjahr. Es ergab sich ein positives Jahresergebnis.

Beim Vergleich der Geschäftsergebnisse 2022 mit der Prognose im Ausblick unseres letztjährigen Geschäftsberichtes ist festzustellen, dass die prognostizierte Höhe der Beitragseinnahmen erreicht wurde, das Kapitalanlageergebnis und der Aufwand für die Zinsverstärkung der Deckungsrückstellung fiel niedriger aus als erwartet. Die erwartete Höhe der gesamten Zinszusatzreserve wurde nicht erreicht. Das Jahresergebnis ist entgegen der Prognose positiv.

¹ Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 020/23 vom 13. Januar 2023.
Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 037/23 vom 30. Januar 2023.

¹ Börse Frankfurt: Kurshistorie DAX
Börse Frankfurt: Kurshistorie EuroStoxx 50

Betriebene Versicherungsarten

Gegenstand des Unternehmens ist der unmittelbare Betrieb der Lebensversicherung als Pensionskasse und der damit verbundenen Zusatzversicherungen. Damit unterstützt die Alte Leipziger Pensionskasse AG die Fokussierung ihres Mutterunternehmens, der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, auf die betriebliche Altersversorgung.

Das Geschäftsgebiet des Unternehmens, dessen Sitz sich in Oberursel (Taunus) befindet, erstreckt sich auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Das Produktangebot der Alte Leipziger Pensionskasse AG umfasst in erster Linie Kollektiv-Rentenversicherungen, ergänzend hierzu Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie Hinterbliebenenzusatzrenten. Die Finanzierung kann wahlweise durch den Arbeitgeber, den Arbeitnehmer oder durch beide Beteiligte erfolgen. Die angebotenen Vorsorgemodelle können an den individuellen Bedarf der Kunden angepasst werden.

Neugeschäft und Bestandsbewegung

Das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag reduzierte sich von 1,6 Mio. € auf 1,3 Mio. € (- 19,1 %), die Einmalbeiträge des Neuzugangs betragen unverändert 0,2 Mio. €. Die gesamten Neugeschäftsbeiträge gingen um 19,8 % auf 1,4 Mio. € zurück. Die versicherte Jahresrente des Neuzugangs sank von 1,3 Mio. € um 30,5 % auf 0,9 Mio. €.

Der gesamte Abgang, gemessen in laufenden Beiträgen für ein Jahr, verminderte sich um 6,7 % auf 1,8 Mio. €, wobei der Hauptanteil auf den vorzeitigen Abgang entfiel. Dies führte zu einem Rückgang der Stornoquote auf 5,9 % (6,3 %), gemessen an den laufenden Beiträgen des vorzeitigen Abgangs im Verhältnis zum mittleren Versicherungsbestand. Die Stornoquote nach Anzahl der Verträge lag bei 1,6 % (1,4 %).

Der Versicherungsbestand umfasste zum Jahresende 32.651 (32.698) Rentenversicherungen. Der laufende Jahresbeitrag des Bestands sank auf 22,8 Mio. € nach 23,4 Mio. € im Vorjahr. Die versicherte Jahresrente dieser Rentenversicherungen ging von 43,3 Mio. € auf 42,5 Mio. € zurück.

Weitere Einzelheiten enthält die Übersicht zur Bewegung des Versicherungsbestandes.

Beitragseinnahmen, Versicherungsleistungen und Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die gebuchten Beiträge blieben mit einer Veränderung von -0,2 % und 23,1 Mio. € nahezu konstant.

Die ausgezahlten und zurückgestellten Leistungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe sowie für Überschussanteile stiegen um 10,6 % auf 12,1 Mio. € (10,9 Mio. €). Der Zuwachs der Leistungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern, bestehend aus der Veränderung der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und der gutgeschriebenen Überschussanteile, sank von 27,8 Mio. € um 27,1 % auf 20,3 Mio. €. Per saldo gingen die gesamten Leistungen zugunsten unserer Kunden im Berichtsjahr von 38,7 Mio. € um 16,5 % auf 32,3 Mio. € zurück. Die Erhöhung der Deckungsrückstellung umfasst dabei auch die Zuführung zur Zinsverstärkung/Zinszusatzreserve (0,7 Mio. €) und eine Steigerung bei der Rentennachreservierung (0,3 Mio. €).

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sanken um 23,9 % auf 1,1 Mio. € (1,4 Mio. €). Dabei sanken die Abschlussaufwendungen um 35,2 % auf 0,6 Mio. €, die darin enthaltenen Abschlussprovisionen von 0,7 Mio. € auf 0,4 Mio. €. Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 5,8 % auf 0,5 Mio. €.

Die Abschlusskostenquote – gemessen als Quotient der gesamten Abschlusskosten und der Beitragssumme des Neugeschäfts – beträgt 1,95 % nach 2,18 % im Vorjahr, der Verwaltungskostensatz 2,25 % nach 2,38 %.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen – ohne den Anlagestock der Fondsgelassenen Lebensversicherungen – erhöhten sich um 4,6 % bzw. 20,8 Mio. € auf 471,2 Mio. € (450,4 Mio. €). Für die Bruttoneuanlage standen 81,3 Mio. € (116,7 Mio. €) zur Verfügung.

Der Anteil der Immobilien-Anlagen beträgt nach erstmaliger Investition im Geschäftsjahr 1,0 % der Kapitalanlagen.

Der Anteil der Dividenden-Anlagen an den Kapitalanlagen sank – auf Fondsebene nicht durchgerechnet – von 4,5 % auf 3,3 %.

Bei den Zins-Anlagen stieg der Anteil an den Kapitalanlagen von 95,5 % auf 95,7 %. Die durchschnittliche Laufzeit des Rentenportfolios blieb gemäß unserer Anlagestrategie auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherungen sanken um 15,1 % bzw. 0,3 Mio. € auf 1,5 Mio. € (1,8 Mio. €).

Kapitalanlageergebnis

Das Nettoergebnis der Kapitalanlagen – ohne den Anlagestock der Fondsgebundenen Lebensversicherungen – betrug 11,2 Mio. € (17,4 Mio. €).

Die laufenden Erträge in Höhe von 8,1 Mio. € lagen leicht über dem Vorjahreswert von 8,0 Mio. €. Die übrigen Erträge sanken auf 3,2 Mio. € (9,6 Mio. €). Davon entfielen 1,1 Mio. € auf Abgangsgewinne aus der Renten-Direktanlage sowie 2,1 Mio. € auf Abgangsgewinne aus Investmentfonds.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf Kapitalanlagen sowie Abgangsverluste von je wesentlichem Umfang wurden wie im Vorjahr keine realisiert. Die Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen betragen unverändert 0,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Das entspricht – bezogen auf den durchschnittlichen Kapitalanlagenbestand – einer Quote von 0,04 % (0,04 %).

Das laufende Ergebnis der Kapitalanlagen stieg von 7,8 Mio. € im Vorjahr auf 7,9 Mio. €. Die laufende Durchschnittsverzinsung belief sich auf 1,72 % (1,79 %).

Die Nettoverzinsung betrug 2,43 % (4,00 %). Der 3-Jahres-Durchschnitt stellte sich im Berichtsjahr auf 3,63 % (4,13 %).

Den Erträgen aus Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherungen – inklusive nicht realisierter Gewinne – in Höhe von 18 Tsd. € (245 Tsd. €) standen Aufwendungen – inklusive nicht realisierter Verluste – in Höhe von 307 Tsd. € (55 Tsd. €) gegenüber.

Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

Die Netto-Bewertungsreserven der Kapitalanlagen beliefen sich am 31. Dezember 2022 auf -149,6 Mio. € (31,5 Mio. €). Eine detaillierte Darstellung der Buch- und Zeitwerte sowie der Entwicklung der Kapitalanlagen finden Sie im Anhang.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die versicherungstechnischen Erträge sanken um 15,5 % auf 35,0 Mio. €, die Aufwendungen um 16,2 % auf 34,4 Mio. €. Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RFB) wurden 920 Tsd. € (94 Tsd. €) zugeführt. Zusammen mit der Entnahme aus der RFB von 0,5 Mio. € stellte sich die RFB zum Jahresende auf 8,8 Mio. € (8,3 Mio. €), wobei die darin enthaltene freie RFB 5,2 Mio. € beträgt.

Das versicherungstechnische Ergebnis erreichte 0,6 Mio. € nach 0,4 Mio. € im Vorjahr.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis beträgt unverändert -0,2 Mio. €.

Ergebnis des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 375 Tsd. €. Zusammen mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 1.588 Tsd. € ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 1.963 Tsd. €.

Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem dieser Rechtsgeschäfte von dem herrschenden Unternehmen oder den mit diesem verbundenen Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der vorerwähnten Unternehmen, die die Gesellschaft benachteiligt haben, hat die Alte Leipziger Pensionskasse AG im Berichtsjahr nicht getroffen oder unterlassen.

Hinweis auf den Nachhaltigkeitsbericht

Die Alte Leipziger Lebensversicherung erstellt einen für das Mutterunternehmen und den Alte Leipziger Konzern zusammengefassten gesonderten nichtfinanziellen Bericht gemäß §§ 341a i. V. m. 289b und 341j i. V. m. 315b HGB unter Verwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex als Rahmenwerk. Der Bericht wurde vom Aufsichtsrat der Alte Leipziger Lebensversicherung geprüft und im Auftrag des Aufsichtsrats der Alte Leipziger Lebensversicherung von der KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, in Übereinstimmung mit dem International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): „Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information“ zum Zwecke der Erlangung einer begrenzten Prüfungssicherheit (Limited Assurance Engagement) bezüglich der gemäß §§ 341a Abs.1a i. V. m. 289b bis 289e und 341j Abs. 4 i. V. m. 315b, 315c HGB gesetzlich geforderten Angaben geprüft. Der Bericht wird auf der Unternehmensseite veröffentlicht unter www.alte-leipziger.de/nachhaltigkeitsbericht_al_leben_2022.pdf.

Angaben zur Offenlegungs- und Taxonomieverordnung

Da die Sicherstellung der langfristigen Garantien der Versicherten an erster Stelle steht, berücksichtigt die Alte Leipziger Pensionskasse soweit wie möglich und soweit sinnvoll nachteilige Nachhaltigkeitsauswirkungen im Rahmen ihrer Investitionsentscheidungen, wobei sie sich auf den Klimawandel als eine der wichtigsten nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen fokussiert. Ferner werden Arbeitnehmerbelange berücksichtigt.

Innerhalb des Investitionsprozesses erfolgt eine Beurteilung von nachteiligen Auswirkungen für Nachhaltigkeitsfaktoren innerhalb der einzelnen Assetklassen. Neben den Maßnahmen zur Beurteilung setzt die Alte Leipziger Pensionskasse auch Maßnahmen ein, die nachteilige Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsfaktoren reduzieren können. Die verwendeten Maßnahmen gehen auf die vom Konzernvorstand beschlossene Nachhaltigkeitsstrategie für die Kapitalanlage zurück. Bei diesem Vorgehen legt die Alte Leipziger Pensionskasse den Fokus auf den Klimawandel als Teilbereich der Umweltbelange sowie auf Arbeitnehmerbelange, welche sie aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Relevanz und der Allokation des Kapitalanlageportfolios als die wichtigsten negativen Nachhaltigkeitsauswirkungen

einstuft. Eine Quantifizierung von nachteiligen Nachhaltigkeitsauswirkungen erfolgt gegenwärtig nicht.

Die Alte Leipziger Pensionskasse nutzt im Bereich aktiv gemanagter Investmentfonds der Alte Leipziger Trust Investment Gesellschaft mbH ihren Einfluss als Investor, um Unternehmen vor dem Hintergrund der jeweils relevanten Klima- und Nachhaltigkeitsfaktoren zur Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle zu motivieren. Dadurch können diese die mit der notwendigen Transformation der Wirtschaft verbundenen Risiken reduzieren und in diesem Kontext entstehende Chancen realisieren. Die Alte Leipziger Pensionskasse arbeitet in diesem Bereich über die Alte Leipziger Trust Investment Gesellschaft mbH mit einem externen Partner zusammen, um sowohl im direkten Dialog mit den Unternehmen als auch auf den Hauptversammlungen der Unternehmen Defizite und Verbesserungsmöglichkeiten im Umgang mit den klima- und nachhaltigkeitsbezogenen Herausforderungen aktiv anzusprechen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt liegt dabei auf den physischen und transitorischen Risiken des Klimawandels.

Weitere Informationen gem. Artikel 4 OffVO finden Sie in den aktuellen Offenlegungen auf unserer Webseite unter:

https://www.alte-leipziger.de/verffentlichung-nach-artikel-4-off-vo-al-pk_v2.pdf

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Risikoberichterstattung

Ziele des Risikomanagements

Unser Ziel ist es, mit dem eingerichteten Risikomanagementsystem risikorelevante Ursachen frühzeitig zu erkennen und durch entsprechende Gegensteuerungsmaßnahmen den Risikoeintritt zu verhindern oder die Risiken zu minimieren. Dadurch sollen einerseits existenzbedrohende Risiken ausgeschlossen und andererseits das Chancen-/Risikoprofil des Unternehmens verbessert werden. Dabei stehen die Erreichbarkeit der Unternehmensziele sowie die mittelfristige Unternehmensplanung im Mittelpunkt.

Unsere Risikostrategie

Die Erfüllung langfristiger Leistungsversprechen gegenüber unseren Kunden, nachhaltige Finanzstärke zur Existenzsicherung sowie Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit sind die wesentlichen Eckpunkte unserer strategischen Ausrichtung.

Die daraus abgeleiteten risikostrategischen Ziele beinhalten unter anderem die Ziele zur Kapitalausstattung und die Grundsätze zum Umgang mit den aus unserer Geschäftstätigkeit abgeleiteten Risiken. Der Umfang der Risikoübernahme wird durch die vorhandene Risikotragfähigkeit und das daraus abgeleitete Limitsystem bestimmt. Dabei begrenzen wir das Ruinrisiko, so dass bei Risiko-Eintritt keine existenziellen Auswirkungen auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entstehen. Maßgeblich für die Risikosteuerung der Alte Leipziger Pensionskasse ist weiterhin die Solvabilität I. Die Einhaltung der risikostrategischen Ziele sowie der Risikolimits wird mindestens halbjährlich im Rahmen des Risikomanagement-Prozesses überprüft.

Risikomanagement-Organisation

Unser Risikomanagement basiert auf Grundsätzen und Verfahren, die einheitlich für alle Gesellschaften der ALH Gruppe gelten.

Die Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens stellt eine Funktionstrennung zwischen Risikoverantwortung und Risikokontrolle sicher.

Für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems sowie die Steuerung des Risikomanagement-Prozesses ist die Risikomanagementfunktion (RMF) zuständig. Ihr obliegt die Koordination der dezentralen Identifikation, Bewertung und Steuerung bestehender und potenzieller Risiken auf Einzelbasis. Sie überwacht das Risikoprofil des Unternehmens und berichtet darüber an den Vorstand. Des Weiteren übernimmt die RMF die Koordination des Asset-Liability-Management (ALM)-Prozesses und des Prozesses zur Eigenen Risikobeurteilung (ERB).

Risikomanagement-Prozess

Bei der Alte Leipziger Pensionskasse, deren Risikomanagement in enger Zusammenarbeit mit dem Mutterunternehmen Alte Leipziger Lebensversicherung durchgeführt wird,

hat das Risikomanagement einen hohen Stellenwert. Den steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechen wir mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und Optimierung des Risikomanagementsystems.

Das Risikomanagementsystem umfasst Strategien, Prozesse und interne Kommunikationsabläufe, die erforderlich sind, um Risiken, denen unser Unternehmen tatsächlich oder möglicherweise ausgesetzt ist, zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern, zu überwachen sowie aussagefähig über diese Risiken zu berichten. Die Betrachtung der Risiken in diesem Bericht erfolgt HGB-basiert und auf Jahresebene.

Die **Risikoidentifikation** erfolgt dezentral im Rahmen der vierteljährlichen Risikoerhebung. Darüber hinaus werden zur Risikoidentifikation weitere Instrumente wie Internes Kontrollsystem, Neue-Produkte-Prozess und Schadenfalldatenbank sowie zahlreiche dezentral implementierte Prozesse, zum Beispiel Compliance-Risikokontrollprozesse oder Informationsrisikomanagementprozesse, herangezogen.

Die **Risikoanalyse und -bewertung** erfolgt aufgrund von Berechnungen bzw. Expertenschätzungen der Fachbereiche sowie durch die Anwendung ökonomischer Modelle oder Stressszenarien.

Zur **Risikosteuerung** werden durch die Fachbereiche Maßnahmen entwickelt, die geeignet sind, Risiken zu begrenzen bzw. zu vermeiden, um die Ziele unserer Risikostrategie zu erreichen.

Die **Risikoüberwachung** sowie die Überwachung der Risikobegrenzungsmaßnahmen erfolgt durch das zentrale Risikomanagement. Unter dessen Koordination wird im Risikokomitee die Bewertung der Risiken plausibilisiert und qualitätsgesichert.

Die **interne Risikoberichterstattung** gibt einen umfassenden Überblick über die Gesamtrisikosituation der Gesellschaft und die Auswirkungen der Einzelrisiken. Die Berichte werden halbjährlich – zum ersten und dritten Quartal eines Jahres – erstellt und sollen die Geschäftsleitung bei der Entscheidungsfindung unterstützen.

Zusätzlich zum internen Risikobericht wird im vorgegebenen Turnus der ERB-Bericht für die Aufsicht erstellt.

1. Risiken der Kapitalanlage

Das Management der Kapitalanlagen erfolgt im Spannungsfeld aus Sicherheit, Rentabilität und Liquidität. Für die Alte Leipziger Pensionskasse steht der Sicherheitsaspekt im Vordergrund, da die Sicherheit der Kapitalanlagen die Qualität des Versicherungsschutzes bestimmt. Aus diesem Grund kommt dem Risikomanagement von Kapitalanlagen eine besondere Bedeutung zu. Unser Ziel ist es, in keinem Jahr die Rechnungszinsanforderungen zu unterschreiten.

Um die Chancen an den Kapitalmärkten unter Berücksichtigung der spezifischen Risiken nutzen zu können, orientiert sich die Gesellschaft in ihrer Kapitalanlagepolitik an folgenden Prinzipien:

- Unsere Anforderungen an die Sicherheit der Kapitalanlagen spiegeln sich beispielsweise in der Bonität der jeweiligen Emittenten und Kontrahenten wider. Dazu gehört aber auch eine gezielte Diversifikation nach Anlagearten, Regionen und Unternehmen zur Vermeidung von Konzentrationsrisiken.
- Wir tätigen nur Anlagen, die unseren Rentabilitätsanforderungen gerecht werden.
- Wichtig ist uns zudem die Liquidität der Kapitalanlage, um unsere Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft jederzeit erfüllen zu können.
- Die Kapitalanlagestrategie unseres Unternehmens richtet sich am Asset-Liability-Management aus. Es werden sowohl die Vorgaben aus der Versicherungstechnik als auch die jeweiligen aufsichtsrechtlichen Vorschriften sowie bilanzielle und steuerliche Anforderungen berücksichtigt.
- Das Asset-Management-Center der Alte Leipziger Lebensversicherung ist mit dem Kapitalanlagemanagement der gesamten ALH Gruppe nach einheitlichen Kriterien beauftragt. Das Mandat wird anhand verschiedener Ertrags- und Risikokennzahlen laufend überwacht. Damit soll das Erreichen der handelsrechtlichen Ertragsziele der einzelnen Gesellschaften sichergestellt und bei Abweichungen gegengesteuert werden.
- Portfoliomanagement, Handelsabwicklung und Risikocontrolling sind dabei funktional klar voneinander getrennt.

1.1. Marktrisiko

Hierunter werden potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen der Marktpreise oder preisbeeinflussender Faktoren verstanden.

Das Marktrisiko umfasst dabei insbesondere Zinsänderungsrisiken, Risiken aus Aktienkursveränderungen sowie sonstige Marktrisiken. Den sonstigen Marktrisiken werden Immobilienrisiken, Kreditspreadrisiken und Währungsrisiken zugerechnet.

Mit Stresstests sowie Sensitivitäts- und Durationsanalysen simulieren wir Marktschwankungen, um die Auswirkungen auf unser Kapitalanlageportfolio quantifizieren und gegebenenfalls reagieren zu können. Die im Folgenden aufgeführten Sensitivitätsanalysen für Marktpreisrisiken dienen dazu, potenzielle Wertveränderungen im Kapitalanlagenbestand mithilfe hypothetischer Marktszenarien zu schätzen. Basis der Betrachtung sind die Bestände unseres Unternehmens zum 31. Dezember 2022.

Zinsänderungsrisiko

Für die festverzinslichen Kapitalanlagen ist vor allem das Zinsänderungsrisiko bedeutsam. Der Zinsrückgang kann dazu führen, dass durch die geringere Neuanlageverzinsung (Wiederanlagerisiko) die Erwirtschaftung des Garantiezinses gefährdet ist. Ein Zinsanstieg hat dementsprechend sinkende Zeitwerte und damit einhergehend einen Rückgang der Bewertungsreserven oder den Aufbau stiller Lasten zur Folge.

Zum 31. Dezember 2022 betrug der Zeitwert der verzinslichen Wertpapiere 297,7 Mio. €. Die dargestellten Szenarien simulieren Parallelverschiebungen der Zinsstrukturkurve um ± 1 Prozentpunkt bzw. ± 2 Prozentpunkte. Absicherungsmaßnahmen für das Zinsänderungsrisiko wurden nicht getätigt. Die in der Tabelle aufgeführten Zeitwerte lassen sich lediglich als grober Hinweis für eventuelle Wertverluste in der Zukunft heranziehen, da gegensteuernde Maßnahmen hier nicht berücksichtigt wurden.

Zinsveränderung	Zeitwerte zinsensitiver Kapitalanlagen ¹
Rückgang um 2 Prozentpunkte	477,1 Mio. €
Rückgang um 1 Prozentpunkt	368,8 Mio. €
IST zum 31.12.2022	297,7 Mio. €
Anstieg um 1 Prozentpunkt	248,9 Mio. €
Anstieg um 2 Prozentpunkte	212,7 Mio. €

¹ Inhaber- und Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen etc.

Risiken aus Aktienkursveränderungen

Durch Investitionen in indexnahe Investmentfonds in unseren Aktienfonds werden die Aktienrisiken weitgehend auf die systematischen Komponenten reduziert. Zudem wird die Anlage damit auf verschiedene Branchen und Regionen verteilt. Neben der Struktur des Aktienportfolios wird auch der relative Anteil der Aktien am Gesamtportfolio regelmäßig überprüft.

Der Zeitwert der Aktienanlagen belief sich zum 31. Dezember 2022 auf 19,2 Mio. €. Zur Begrenzung der Risiken aus unseren Aktienpositionen und zur Nutzung der Chancen, die uns die Aktienmärkte bieten, setzen wir ein dynamisches Wertsicherungskonzept ein. Die Aktienquote lag zum 31. Dezember 2022 bei 3,3 %.

Bei Aktienkursveränderungen von $\pm 10\%$ bzw. $\pm 20\%$, die in diesen Szenarien unterstellt werden, würden sich geänderte Zeitwerte in der aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlichen Höhe ergeben. Zum Stichtag waren keine derivativen Absicherungsmaßnahmen vorhanden.

Aktienkursveränderung	Zeitwerte aktienkursensitiver Kapitalanlagen ¹
Anstieg um 20 %	23,0 Mio. €
Anstieg um 10 %	21,1 Mio. €
IST zum 31.12.2022	19,2 Mio. €
Rückgang um 10 %	17,3 Mio. €
Rückgang um 20 %	15,4 Mio. €

¹ Aktien in Fonds.

Sonstige Marktrisiken

Risiken aus Immobilienanlagen

Marktrisiken für Immobilien bestehen durch Wertänderungen der in einem Immobilienspezialfonds gehaltenen Objekte oder über Leerstände in einer Unterschreitung der Sollmiete. Diesen Risiken begegnen wir durch Diversifikation über Regionen.

Kreditspreadrisiken leiten sich aus veränderten Erwartungen gegenüber der Bonität von Emittenten festverzinslicher Kapitalanlagen ab. Entsprechend sinken die Preise von Rentenanlagen bei möglichen Bonitätsverschlechterungen

und bei Ausweitung von Kreditspreads. Unsere Rentendirektanlage besteht vorwiegend aus Emittenten der höchsten Bonitätsstufen. Kreditspreadrisiken gegenüber einzelnen Emittenten werden durch Streuung der Adressen auf Portfolioebene begrenzt. Das Kreditspreadrisiko der Rentendirektanlage wird zusätzlich durch aktive Steuerung und regelmäßige Bonitätskontrolle eingeschränkt.

Währungsrisiken außerhalb der Aktienfonds gehen wir nicht ein, da wir den Grundsatz einer kongruenten Währungsbedeckung befolgen. Das Währungsrisiko innerhalb der Aktienfonds wird unter dem allgemeinen Aktienkursrisiko subsumiert. Es erfolgte keine Absicherung.

1.2. Konzentrationsrisiko

Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass das Unternehmen einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingeht, die ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallpotenzial haben.

Die Kapitalanlagen des Unternehmens sind nach Adressen und Belegenheit gestreut. Unser Konzernlimitsystem für Bonitäts- und Konzentrationsrisiken, mit dem wir die Ausfallrisiken gegenüber einzelnen Emittenten begrenzen, berücksichtigt das individuelle Rating des Emittenten, seine Eigenkapitalausstattung als Haftungsgrundlage, die Qualität der Besicherung sowie unsere intern definierte Risikobereitschaft. Die fünf größten Emittenten (ohne Bund, Bundesländer und andere EU-Staaten) in der Renten-Direktanlage haben einen Anteil von 24,0 %. Ihr Rating liegt zwischen AAA und AA, wobei ausschließlich in gedeckte Schuldverschreibungen und Pfandbriefe investiert wurde. Daher sehen wir zum derzeitigen Zeitpunkt keine wesentlichen Konzentrationsrisiken in unseren Kapitalanlagen.

1.3. Liquiditätsrisiko

Bereits bei der Konzeption der Anlagestrategie wird das Liquiditätsrisiko dadurch berücksichtigt, dass eine Abstimmung von künftigen Zins- und Tilgungszahlungen mit den erwarteten versicherungstechnischen Cashflows aus Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen erfolgt.

Bei der Pensionskasse werden den versicherten Arbeitnehmern beitragsorientierte Leistungszusagen erteilt. Rückdeckungsversicherungen befinden sich nicht im Bestand der Gesellschaft. Für den Versicherungsnehmer (Arbeitgeber)

besteht auch bei einem gravierenden Zinsanstieg auf dem Kapitalmarkt kein Anlass für Rückkäufe oder Beleihungen der Verträge. Bei einem vorzeitigen Rückkauf, der wegen des Bezugsrechts des bezugsberechtigten Arbeitnehmers ohne dessen Zustimmung regelmäßig nicht möglich ist, wäre die Erfüllung der arbeitsrechtlichen Zusage nicht mehr individuell abgedeckt. Aus dem Fehlen eines wirtschaftlichen Anreizes für den Versicherungsnehmer (Arbeitgeber) resultiert ein beobachtbares Stornoverhalten, das nicht sensitiv auf Veränderungen der Kapitalmarktzinsen reagiert.

Eine monatlich aktualisierte Liquiditätsplanung stellt sicher, dass wir in der Lage sind, die erforderlichen Auszahlungen jederzeit zu leisten. Sollten dennoch unerwartet hohe Liquiditätserfordernisse auftreten, können diese durch die Veräußerung von marktgängigen Wertpapieren aufgefangen werden. Aufgrund der Qualität unserer Rentenanlagen ist entsprechend unserer quartalsweise aktualisierten Liquiditätseinschätzung ein großer Teil jederzeit veräußerbar. Außerdem erhalten wir durch die Fälligkeitsstruktur einerseits einen kontinuierlichen Liquiditätszufluss, andererseits kann durch den Verkauf von Titeln mit kurzer Restlaufzeit auch bei einem erhöhten Zinsniveau kurzfristig zusätzliche Liquidität generiert werden, ohne deutliche, zinsbedingte Kursabschläge hinnehmen zu müssen.

2. Versicherungstechnische Risiken

Zu den versicherungstechnischen Risiken zählen die biometrischen Risiken, aber auch das Stornorisiko und das Zinsgarantierisiko. Im Rahmen des versicherungstechnischen Risikocontrollings werden Stornorisiko und biometrische Risiken beobachtet, um bei Bedarf mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können.

2.1. Biometrische Risiken

Bei den für das Neugeschäft offenen Tarifen verwenden wir biometrische Rechnungsgrundlagen (bspw. Sterbewahrscheinlichkeiten, Berufsunfähigkeitswahrscheinlichkeiten), die nach heutigem Kenntnisstand über ausreichende Sicherheitsmargen verfügen. Für unseren Bestand wird regelmäßig durch aktuarielle Analysen überprüft, wie sich der tatsächliche Risikoverlauf zum Kalkulationsansatz verhält. Die Ergebnisse dieser Analysen werden bei der jährlichen Deklaration der Überschussanteile berücksichtigt. Der steigenden Lebenserwartung haben wir durch eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung bei Renten-

versicherungen Rechnung getragen. Darüber hinaus schützen wir unseren Versicherungsbestand, indem wir großes Augenmerk auf eine konsequente Risikoprüfung und eine qualifizierte Leistungsbearbeitung legen.

2.2. Stornorisiko

Wie unter dem Punkt 1.3. Liquiditätsrisiko bereits beschrieben, sind unsere Kapitalanlagen hinreichend liquide, um auch unerwartete Stornoranstiege ausgleichen zu können. Dies wird auch dadurch gewährleistet, dass der Bilanzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen mindestens dem Rückkaufswert entspricht.

2.3. Zinsgarantierisiko

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die Renditen der Kapitalanlagen nach Eintritt adverser Kapitalmarktentwicklungen nicht ausreichen, um die den Versicherungsnehmern gegebenen Garantien dauerhaft finanzieren zu können. Es steht in enger Beziehung zum Zinsänderungsrisiko. Das Risiko und die Auswirkungen einer dauerhaften Niedrigzinsphase auf die Ertragsituation der Gesellschaft werden im Rahmen unseres Asset-Liability-Managements laufend beobachtet. Ferner verfügt die Pensionskasse über eine gute Eigenkapitalausstattung. Da der Bestand der Pensionskasse noch jung ist, würde sich eine lang andauernde Niedrigzinsphase besonders stark auf die Finanzierbarkeit der Garantien auswirken. In diesem Fall würde sich auch eine hohe Belastung durch die Bildung der Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung ergeben. Im Berichtsjahr haben wir 669 Tsd. € der Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung zugeführt, so dass die zum 31. Dezember 2022 gebildete Gesamtreserve 51.057 Tsd. € beträgt. Die Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung wurde unter Berücksichtigung vorsichtiger Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten berechnet. Der Referenzzins wurde für Versicherungen des Altbestandes von der BaFin genehmigt und beträgt 1,80 %, für Versicherungen des Neubestandes wurde er nach Maßgabe der Deckungsrückstellungsverordnung berechnet und beträgt 1,57 %. Aufgrund des deutlich gestiegenen Zinsniveaus ist in den Folgejahren nicht mit weiteren Zuführungen zur Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung zu rechnen. Im Anhang stellen wir unter „Angaben zu den Passiva B. II. Deckungsrückstellung“ die Aufteilung des Bestandes nach Rechnungszinsgenerationen dar

3. Ausfallrisiken

3.1. Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die zum Bilanzstichtag bei der Alte Leipziger Pensionskasse ausgewiesenen Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft betreffen mit 1.678 Tsd. € Versicherungsnehmer sowie mit 133 Tsd. € Vermittler. Fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer mit Fälligkeitsterminen älter als drei Monate bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 273 Tsd. €. Es wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 109 Tsd. € gebildet. Auf noch nicht fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 55 Tsd. € gebildet. Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre aus Forderungen an Versicherungsnehmer betrug 8,25 %, bezogen auf die Gesamtforderung an Versicherungsnehmer. Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre aus Forderungen an Vermittler betrug 0 %, bezogen auf die Gesamtforderung an Vermittler.

3.2. Bonitätsrisiken

Unter dem Bonitätsrisiko wird zum einen die Gefahr der Insolvenz und des Zahlungsverzugs verstanden, zum anderen aber auch die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen eines Schuldners und damit einhergehend höherer Risikoauflage.

Der größte Teil der verzinslichen Wertpapiere des Direktbestands bestand zum 31. Dezember 2022 aus Emissionen von staatsnahen Emittenten und Unternehmen höchster Bonität.

Die Verteilung der intern bzw. extern ermittelten Ratingklassen der Renten-Direktanlage stellte sich zum 31. Dezember 2022 wie folgt dar:

Ratingklasse	Anteil
Investment Grade (AAA – AA)	97,5 %
Investment Grade (A – BBB)	0,0 %
Non-Investment Grade	0,0 %
ohne Rating	2,5 %

Bonitätsrisiken aus Hybridkapitalinstrumenten, wie Genussscheinen, bestehen nur begrenzt im Portfolio. Das Gesamtvolumen der Genussscheine betrug 0,3 Mio. € (Buchwert) zum 31. Dezember 2022 und entfällt nur auf die Anlage in den Sicherungsfonds für die Lebensversicherer „Protector“. Nachrangdarlehen befinden sich nicht im Portfolio.

Investitionen in strukturierte Kredit-Produkte sind durch unsere Anlagerichtlinien ausgeschlossen.

Durch das Asset-Management-Center erfolgt eine laufende Analyse des Kreditrisikos unserer Emittenten. Veränderungen in der Risikoeinschätzung des Marktes werden regelmäßig berichtet und bei der Bewertung verzinslicher Papiere berücksichtigt.

Das Bonitätsrisiko insgesamt wird durch ausgewogene Diversifikation, durch die im Mittel hohe Kreditqualität unserer Emittenten und durch regelmäßiges Controlling eingeschränkt.

4. Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko bezeichnet das Verlustrisiko, das sich aus der Unzulänglichkeit oder dem Versagen von Menschen, internen Prozessen oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Rechtsrisiken sind ebenso wie Betrugsrisiken eingeschlossen. Alle Tätigkeiten für die Alte Leipziger Pensionskasse AG erfolgen im Wege der Funktionsausgliederung durch unser Mutterunternehmen Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit. Somit unterliegt unsere Gesellschaft direkt oder indirekt über das Mutterunternehmen folgenden operationellen Risiken. Die mit der Ausgliederung einhergehenden Risiken werden durch die Prozesse und Vorkehrungen innerhalb des Ausgliederungsprozesses identifiziert, überwacht und gesteuert.

4.1. Prozessrisiken

Als System zur Optimierung interner Prozesse und Strukturen und somit zur Sicherstellung des ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes ist in der ALH Gruppe ein internes Kontrollsystem implementiert, das dazu dient, wesentliche Bearbeitungs- und Prozessrisiken zu überwachen und zu begrenzen. Demnach sind für alle wesentlichen Prozesse eine Prozessdokumentationen (sog. IKS-Dokumentationen) zu erstellen und diese jährlich auf Aktualität zu prüfen und

gegebenenfalls anzupassen. Auf Basis der dokumentierten Prozessabläufe erfolgt eine systematische Identifikation erheblicher Prozess- und Bearbeitungsrisiken. Durch die Erarbeitung und Zuordnung von Schlüsselkontrollen wird für eine wirksame und geeignete Kontrolle der Risiken gesorgt. Die wesentlichen Prozesse umfassen auch Rechnungslegungs- und Verwaltungsverfahren, z. B. Prozesse zu Abschlussarbeiten, Finanz- und Anlagenbuchhaltung, Unternehmenssteuern und viele weitere.

Die Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems ist ein fester Bestandteil jeder Revisionsprüfung.

4.2. Informationsrisiken

Die Steuerung der Informationsrisiken wird durch den Informationssicherheitsbeauftragten verantwortet. Zur Erledigung der Aufgaben im Informationssicherheitsmanagement besteht aufbauorganisatorisch der Bereich Informationssicherheitsmanagement, welcher vom Informationssicherheitsbeauftragten geführt wird. Gruppenweit wird dabei ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS), welches nach dem internationalen Standard ISO/IEC 27001 ausgerichtet ist, betrieben.

Flankiert werden die technischen und organisatorischen Maßnahmen durch fortlaufende Sensibilisierungsmaßnahmen für alle Mitarbeiter der ALH Gruppe.

Die Bereitstellung der Informationstechnologie für das Unternehmen erfolgt durch unser Mutterunternehmen (Alte Leipziger Lebensversicherung a.G.), das auch die daraus resultierenden Informationsrisiken identifiziert und für deren Steuerung verantwortlich ist. Die für die Gesellschaft verbleibenden Risiken aus der Dienstleistungsbeziehung, wie das Risiko eines Ausfalls oder einer Störung der IT-Dienstleistung werden seitens des Unternehmens im Rahmen der Dienstleistersteuerung fortlaufend überwacht.

Darüber hinaus, aus der Tätigkeit der Gesellschaft originär entstehende Informationsrisiken werden nach den Vorgaben des gruppenweiten Informationsrisikomanagements gesteuert.

Zur Abdeckung von Restrisiken, welche trotz des gesteuerten Sicherheitsniveaus nicht auszuschließen sind, besteht für Schäden aus dem Betrieb von Informationstechnologie

eine entsprechende Schadenversicherung für Elektronik und Betriebsunterbrechung. Zusätzlich besteht im Rahmen einer konzernweiten Cyberversicherung ein Versicherungsschutz gegenüber Cyberrisiken, welche unterschiedliche Szenarien berücksichtigt und regelmäßig auf Aktualität geprüft wird.

4.3. Compliance-Risiken

Zur Vermeidung von Compliance-Risiken besteht im Unternehmen eine Compliance-Organisation. Für die Identifikation und Analyse von Compliance-Risiken, die Entwicklung von risikobegrenzenden Maßnahmen und die Durchführung von Kontrollverfahren ist der Vorstand verantwortlich. Die Compliance-Verantwortlichen unterstützen und beraten den Vorstand bei seinen Aufgaben. Die Sicherstellung der Einhaltung von Recht und Gesetz sowie die Beachtung von Richtlinien und Grundsätzen in den Fachbereichen obliegen den Compliance-Verantwortlichen. Sie sind auch für die Wiederherstellung des regelkonformen Zustandes bei bereits eingetretenen Regelverstößen zuständig.

Durch zahlreiche präventiv wirkende Maßnahmen, wie Ad-hoc-Meldepflichten bei Compliance-Risiken, laufende Überprüfung der Risiken, verbindliche Vollmachtsrahmen mit Zeichnungslimiten für die Mitarbeiter sowie durch Funktionstrennungen und die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips, wird möglichen Compliance-Risiken vorgebeugt. Darüber hinaus sollen ein für alle Mitarbeiter verbindlicher „Kodex für integre Handlungsweisen“ und ein „Lieferanten-Verhaltenskodex“ sicherstellen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden und ein fairer, ehrlicher und verlässlicher Umgang sowohl miteinander als auch mit den Kunden und Geschäftspartnern erfolgt.

Die Gesellschaft hat ihr Compliance-Management-System in den Bereichen Betrugsprävention, Korruptionsprävention und Wettbewerbsrecht von externen Wirtschaftsprüfern überprüfen lassen. Im Ergebnis wurde der Gesellschaft bescheinigt, dass die Beschreibung ihres Compliance-Management-Systems dem Wirtschaftsprüfer-Standard IDW PS 980 entspricht und angemessen ist.

4.4. Personelle Risiken

Alle Tätigkeiten für die Alte Leipziger Pensionskasse AG erfolgen durch das Personal des Mutterunternehmens.

Zur Erfüllung der Funktionen in den einzelnen Organisationseinheiten bedarf es einer entsprechenden Personalausstattung, um das Risiko personeller Engpässe zu vermeiden. Hierfür liefern systematische Personal- und Kapazitätsplanungen unseres Mutterunternehmens die Grundlage.

Möglichen Risiken aufgrund der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wird durch eine kontinuierliche Personalentwicklung, die Ausbildung von eigenen qualifizierten Nachwuchskräften, die Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und unsere innerbetrieblichen fachlichen Weiterbildungsangebote vorgebeugt. Dies soll zu einer starken Mitarbeiterbindung beitragen und das vorhandene Know-how sicherstellen.

4.5. Katastrophenrisiken

Zur Begrenzung von möglichen Risiken im Fall von Naturkatastrophen, Pandemie, Terrorismus oder Cyberattacken ist die Gesellschaft in das Business Continuity Management (BCM) der ALH Gruppe eingebunden. Die darin festgelegten organisatorischen Maßnahmen stellen sicher, dass nach Eintritt von katastrophalen Ereignissen oder Angriffen auf das Unternehmen das Leben und die Gesundheit der Mitarbeiter geschützt werden, die Sofortmaßnahmen zur Schadenbegrenzung eingeleitet werden, die ertragskritischen Geschäftsprozesse soweit wie möglich aufrechterhalten bleiben und der Normalbetrieb so schnell wie möglich wiederhergestellt wird, so dass unserem Unternehmen kein nachhaltiger Schaden entsteht.

Weiterhin ist im Rahmen des Krisenmanagements eine umfassende Stör- und Notfallorganisation zur Sicherheit der Mitarbeiter, der Technik und der Gebäude im Fall von Brand, Explosion und sonstigen Unfällen eingerichtet.

4.6. Risiken aus Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen

Aufgrund veränderter politischer, rechtlicher sowie regulatorischer Rahmenbedingungen können sich Risiken im Hinblick auf unser Geschäftsmodell, die Geschäftsprozesse und die betrieblichen Systeme ergeben.

Zur Begrenzung dieser Risiken erfolgt in den entsprechenden Fachbereichen, insbesondere für rechtliche, aktuarielle und bilanzielle Fragen, eine konsequente und fortlaufende

Überwachung sowie Prüfung hinsichtlich der Auswirkungen derartiger Änderungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens. Die Überprüfung und Steuerung erfolgt durch das zentrale Risikomanagement.

4.7. Risiken im vertrieblichen Umfeld

Auf dem Vermittlermarkt sind verstärkt Konzentrationsbewegungen durch Aufkäufe und Zusammenschlüsse von Vermittlern und die Hinwendung zu Pools zu beobachten. Hieraus ergibt sich unter anderem die Gefahr wachsender Abhängigkeiten gegenüber einzelnen Vertriebsorganisationen. Durch eine Erhöhung der Diversifikation der Vertriebswege wirken wir einer weiteren Konzentration entgegen. Für die kommenden Jahre können wesentliche Risiken im vertrieblichen Umfeld durch regulatorische Eingriffe nicht ausgeschlossen werden.

5. Reputationsrisiken

Reputationsrisiken betreffen einen möglichen Ruf- und Imageschaden unserer Gesellschaft in der Öffentlichkeit, bei Kunden und Geschäftspartnern im laufenden Geschäftsjahr oder in den Folgejahren. Dieses Risiko wird insbesondere durch die Sicherstellung hoher Servicequalität und Kundenorientierung sowie durch hohe Anforderungen an die Qualifikation und Kompetenz der Mitarbeiter begrenzt.

Weiterhin wird diesem Risiko durch eine koordinierte und qualitätsgesicherte Darstellung unseres Unternehmens in der Presse und Öffentlichkeit, durch die konsequente Einhaltung sämtlicher gesetzlicher, aufsichts- und datenschutzrechtlicher Vorgaben, durch die Einhaltung unseres verbindlichen „Kodex für integrale Handlungsweisen“ sowie unsere Compliance-Organisation begegnet.

6. Strategische Risiken

Strategische Risiken beinhalten alle Risiken, die aus strategischen Geschäftsentscheidungen des Managements resultieren und mittel- oder langfristig zur Verfehlung der strategischen Unternehmensziele führen und somit die nachhaltige Sicherung des Unternehmenserfolgs gefährden können. Potentielle Ursachen können darin liegen, dass strategische Geschäftsentscheidungen nicht oder nicht ausreichend an bestehenden und künftigen Kundenanforderungen, Marktgegebenheiten und -entwicklungen oder am ökonomischen, technologischen, ökologischen, politisch-

rechtlichen und gesellschaftlichen Umfeld ausgerichtet werden. Des Weiteren können strategische Risiken entstehen, wenn strategische Geschäftsentscheidungen im Rahmen des Strategieentwicklungsprozesses getroffen werden und zugrunde gelegte Annahmen nicht wie geplant eintreten, in der Organisation im Rahmen der Strategieimplementierung unzureichend umgesetzt oder innerhalb des Strategiecontrollings nicht bedarfsorientiert angepasst werden.

Den strategischen Risiken wird durch eine regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie² begegnet.

Auf Grundlage der aus dem Strategieprozess abgeleiteten Ergebnisse und der mittelfristigen Planung werden jährlich Unternehmensziele definiert, verabschiedet und kontrolliert. Ebenso wird jährlich die Konsistenz von Risiko- und Geschäftsstrategie überprüft.

7. Sonstige Risiken

7.1. Emerging Risks

Unter Emerging Risks werden langfristige Risiken bzw. Ursachen, Ereignisse oder Entwicklungen verstanden, die in Zukunft zu einem Risiko werden oder aus denen sich neue Risiken ergeben können. Sie können z.B. aufgrund sozialer, wirtschaftlicher, politischer, technologischer oder medizinischer Entwicklungen entstehen. Die Überprüfung bestehender sowie ggf. die Identifikation neuer Emerging Risks erfolgt jährlich im Rahmen des Risikomanagement-Prozesses anhand der Analyse externer Quellen und regelmäßig durchgeführter Risikointerviews.

7.2. ESG-Risiken von Kapitalanlagen

ESG-Risiken bilden keine eigene Risikokategorie, sondern materialisieren sich durch bestehende Risikokategorien. Im Rahmen der Überprüfung wurden bei den Marktrisiken keine zusätzlichen ESG-Risiken, die über die bereits bestehenden Risiken hinausgehen, identifiziert. Sollten wesentliche ESG-Risiken identifiziert werden, werden diese in der regulären Risikoerhebung und -berichterstattung bei dem zugehörigen Risiko berücksichtigt.

Chancendarstellung

Im Rahmen unseres Strategieprozesses und der jährlichen strategischen Reviews analysieren wir die aktuellen Rahmenbedingungen in der Versicherungsbranche und an den Kapitalmärkten. Zielsetzung ist, Trends frühzeitig zu erkennen und zu bewerten sowie Potenziale zu identifizieren. Daraus werden Chancen abgeleitet, die in die strategische Planung zur Ausrichtung unseres Produktportfolios und unserer Geschäftsbereiche einfließen.

Chancen am Kapitalmarkt

Die aktuelle Situation an den Aktien- und Rentenmärkten bietet nach einem Jahr mit deutlich gestiegenen Zinssätzen und weltweit rückläufigen Aktienkursen Chancen und Risiken zugleich. Eine effiziente Asset Allokation ist in diesem Umfeld ebenso bedeutsam wie ein effizientes Risikomanagement.

Bereits in den vergangenen Jahren erfolgten Investitionen in Aktien. Diese erhöhen die Diversifikation des Portfolios und bieten langfristig Chancen auf höhere Renditen. Investitionen in Sachwerte können die Risiken reduzieren, die aus einem inflationären Umfeld resultieren. Die Chancen auf höhere Renditen gehen mit einem höheren Risiko im Vergleich zu klassischen Staatsanleihen einher.

Zusätzlich bietet ein gestiegenes Zinsniveau Chancen auf höhere Neuanlagerenditen in der Rentenanlage.

Marktchancen Pensionskasse

Chancen sieht die Alte Leipziger Pensionskasse weiterhin in den Kerngeschäftsfeldern, der Absicherung der Altersversorgung und der Erwerbseinkommen im Rahmen der Entgeltumwandlung nach § 3 Nr. 63 EStG sowie arbeitgeberfinanzierten Versorgungssystemen.

Chancen aus veränderten Kundenerwartungen

Einfachheit, Transparenz und Geschwindigkeit in der Kommunikation und in den Services werden auch in der Versicherungsbranche immer wichtiger. Um den steigenden Erwartungen gerecht zu werden, stellen wir den Kunden in den Fokus von Weiter- und Neuentwicklungen auf der

² Die Geschäftsstrategie umfasst die Geschäftsfeldstrategie der Sparte und die Querschnittsstrategien.

Produkt- und Serviceseite und berücksichtigen konsequent die Kundenbedürfnisse z.B. durch Kreativworkshops mit Kunden zur Ideenfindung für Produktneuerungen oder -anpassungen. Durch die konsequente Kundenzentrierung ergeben sich für unser Unternehmen Chancen, die wir gezielt nutzen wollen. Wenn wir mit unseren Produkten, Prozessen und Services nah am Kunden sind, können wir bestehende Kundenverbindungen weiter festigen und ausbauen sowie neue Kunden für uns gewinnen.

Chancen aus technologischem Fortschritt

Durch die zunehmende Digitalisierung und Nutzbarmachung von neuen Technologien können Prozesse optimiert und effizienter oder Kundeninteraktionen neu gestaltet werden. Von neuen technologischen Möglichkeiten profitieren Kunden und Partner, aber auch Mitarbeiter und unser Unternehmen selbst. Zudem entwickeln sich neue, datengetriebene Geschäftsmodelle, weil aus gebündelten Informationen individualisierte Angebote erstellt werden können. Die Chancen der Digitalisierung weiter nutzbar zu machen, verfolgen wir konsequent.

Chancen aus Nachhaltigkeit

Neue regulatorische Anforderungen, verändertes Nachhaltigkeitsbewusstsein von Geschäftspartnern und Kunden sowie sich verändernde externe Einflüsse erhöhen den Handlungsdruck für Einrichtungen betrieblicher Altersversorgung und begründen gleichzeitig neue Handlungsfelder rund um das Thema Nachhaltigkeit. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, haben wir Nachhaltigkeit organisatorisch und strategisch klar verankert. Neben der Erfüllung regulatorischer Anforderungen wollen wir Geschäftschancen und Wachstumsmärkte im Kontext Nachhaltigkeit erkennen und entwickeln. Hierfür gehen wir ganzheitlich vor. Wir fördern die Transformation der ALH Gruppe, unserer Firmenkunden und Geschäftspartner sich nachhaltig zu entwickeln. Die Entwicklung innovativer Produkte für Kunden mit dem Fokus auf nachhaltige Wirkungen spielt dabei eine wichtige Rolle.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Der geforderten Solvabilitätsspanne von 18,4 Mio. € stehen Eigenmittel von 42,2 Mio. € gegenüber.

Der Zinsanstieg hat in Bezug auf den vertraglich zugesagten Rechnungszins zu einer Entspannung der Risikolage geführt. Insgesamt stellen wir daher fest, dass sich in Anbetracht der bekannten Risiken gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

Prognosebericht

Die betriebliche Altersversorgung in Deutschland wird aufgrund der demographischen Entwicklung und einer sich dadurch tendenziell vergrößernden Versorgungslücke ein Wachstumsmarkt bleiben. Durch die Konkurrenzsituation zu der steuerlich gleichgestellten Direktversicherung der Lebensversicherungsunternehmen sind für das Geschäft der Pensionskassen jedoch keine relevanten positiven Impulse zu erwarten. Auch die Vorteile des Betriebsrentenstärkungsgesetzes werden überwiegend den Bestandskunden zugutekommen.

Wir rechnen für das Jahr 2023 mit Beitragseinnahmen auf dem Niveau des Vorjahres von etwa 23 Mio. €. Das Kapitalanlageergebnis planen wir vergleichbar mit dem Vorjahr mit rund 11 Mio. €. Nach dem positiven Jahresergebnis 2022 rechnen wir für das Jahr 2023 mit einem nahezu ausgeglichenen Jahresergebnis.

Wir erwarten im Jahr 2023 eine weitere Verbesserung der laufenden Erträge aus Zinsanlagen.

Die Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung wird voraussichtlich auf dem Stand von 2022 bleiben und sich so zum Jahresende 2023 auf etwa 51 Mio. € stellen.

Die dargestellten Erwartungen sind mit Ungewissheiten verbunden. Deshalb können die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen von diesen abweichen.

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2022 ¹

	Anwärter					
	Anzahl der Versicherungen			Jahresrenten	Lfd. Beitrag für ein Jahr	Einmalbeitrag
	Männer	Frauen	Gesamt	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	17.140	14.772	31.912	42.480	23.408	
II. Zugang während des Geschäftsjahres						
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	586	530	1.116	870	1.256	157
2. Sonstiger Zugang	- 6	50	44	50	26	21
3. Gesamter Zugang	580	580	1.160	920	1.281	178
III. Abgang während des Geschäftsjahres						
1. Tod	55	25	80	93	38	
2. Beginn der Altersrente	66	48	114	174	103	
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	0	0	0	0	1	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	289	289	578	492	304	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	194	323	517	1.046	1.238	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	2	2	4	118	123	
7. Sonstiger Abgang	14	11	25	77	33	
8. Gesamter Abgang	620	698	1.318	2.000	1.840	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	17.100	14.654	31.754	41.401	22.849	
davon:						
1. beitragsfreie Anwartschaften	5.516	4.928	10.444	5.608	0	
2. in Rückdeckung gegeben	0	0	0	0	0	

¹ ohne sonstige Versicherungen

Der Bestand enthält keine Sterbegeldversicherungen.

Die Beitragssumme des Neuzugangs beträgt 29.410 Tsd. €.

Bei Konsortialverträgen sind von jedem der beteiligten Unternehmen die Anzahl der Versicherungsverhältnisse, der Beitrag und die Versicherungssumme jeweils anteilig anzugeben.

Die Rundungen erfolgten pro Einzelposten; bei Summationen wurde kein Ausgleich gebildet (in Anlehnung an die Rundungsvorschriften gemäß BerVersV).

	Invaliden- und Altersrentner				Hinterbliebenenrenten			
	Anzahl der Versicherungen			Jahresrenten in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen			Jahresrenten in Tsd. €
	Männer	Frauen	Gesamt		Männer	Frauen	Gesamt	
	493	284	777	942	0	9	9	7
	66	48	114	188	0	3	3	3
	2	1	3	0	0	0	0	0
	68	49	117	188	0	3	3	3
	5	3	8	5	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	1	1	19	0	0	0	0
	0	0	0	2	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0
	5	4	9	26	0	0	0	0
	556	329	885	1.103	0	12	12	10
	0	0	0	0	0	0	0	0

Bestand an sonstigen Zusatzversicherungen	Anzahl der Versicherungen	Jahresrenten in Tsd. €
1. am Anfang des Geschäftsjahres	7.088	7.635
2. am Ende des Geschäftsjahres	7.130	7.598
davon in Rückdeckung gegeben	0	0

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite				Vorjahr
	€	€	€	€
A. Kapitalanlagen				
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		20.413.481		20.360.565
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		220.540.178		204.751.717
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	164.495.009			155.425.630
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	65.426.660			69.541.805
c) übrige Ausleihungen	316.415			281.860
		230.238.085		225.249.296
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			471.191.744	450.361.578
			1.488.533	1.753.535
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) fällige Ansprüche	719.619			635.291
b) noch nicht fällige Ansprüche	958.043			1.314.143
	1.677.662			1.949.434
2. Versicherungsvermittler	132.572			129.465
		1.810.234		2.078.900
II. Sonstige Forderungen		4.380		5.148
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 1.126 € (1.359 €)			1.814.614	2.084.047
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		2.532.014		2.457.942
II. Andere Vermögensgegenstände		130.638		114.200
			2.662.652	2.572.142
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.325.051		4.338.809
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		0		64
			4.325.051	4.338.874
Summe der Aktiva			481.482.594	461.110.177

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Absatz 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Oberursel (Taunus), den 14. Februar 2023

Helmut Fritsch
Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Passivseite				Vorjahr
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000		5.000.000
II. Kapitalrücklage		26.751.083		26.751.083
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen		120.017		120.017
IV. Bilanzgewinn		1.962.690		1.588.071
			33.833.790	33.459.172
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		1.936.214		2.056.515
II. Deckungsrückstellung		430.822.031		411.234.753
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		547.685		369.168
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		8.817.389		8.349.707
			442.123.319	422.010.144
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung			1.488.533	1.753.535
D. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			111.398	103.566
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	2.843.027			2.746.835
2. Versicherungsvermittlern	638.206			734.630
		3.481.233		3.481.465
II. Sonstige Verbindlichkeiten		444.321		302.295
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 421.046 € (Vj: 295.549 €)			3.925.554	3.783.761
Summe der Passiva			481.482.594	461.110.177

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B.II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG in Verbindung mit § 234 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Absatz 5 Satz 2 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt

am 23. November 2022 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Oberursel (Taunus), den 14. Februar 2023

Dr. Erich Dersch
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

			Vorjahr
	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge	23.092.305		23.127.882
b) Veränderung der Beitragsüberträge	120.301		50.331
		23.212.605	23.178.213
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		320.025	347.266
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.165.892		7.978.664
b) Erträge aus Zuschreibungen	0		5
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.246.590		9.630.491
		11.412.483	17.609.161
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		0	224.745
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		25.638	8.289
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	11.786.579		10.742.248
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	178.516		72.106
		11.965.095	10.814.354
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen Deckungsrückstellung		- 19.322.276	- 28.187.216
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		920.000	94.000
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
a) Abschlussaufwendungen	573.829		884.971
b) Verwaltungsaufwendungen	519.073		551.236
		1.092.902	1.436.208
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	258.922		237.308
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	3.690		8
c) Verluste aus Abgang von Kapitalanlagen	6.525		245
		269.138	237.561
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		249.108	35
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		530.306	204.553
13. Versicherungstechnisches Ergebnis		621.928	393.747
Übertrag		621.928	393.747

			Vorjahr
	€	€	€
Übertrag		621.928	393.747
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	38.050		40.154
2. Sonstige Aufwendungen	286.776		265.554
		- 248.726	- 225.399
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		373.202	168.348
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0
5. Sonstige Steuern		- 1.417	- 1.506
davon Organschaftumlage: - 1.417 € (Vj: - 1.506 €)			
6. Jahresüberschuss		374.619	169.853
7. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.588.071	1.418.218
8. Bilanzgewinn		1.962.690	1.588.071

Anhang zum Jahresabschluss

Angaben gemäß § 264 Abs. 1a HGB

Die Alte Leipziger Pensionskasse AG, Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus), ist beim Amtsgericht Bad Homburg v. d. Höhe (HRB Nr. 7848) registriert.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht aufgeführt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen wurden jeweils kaufmännisch auf- bzw. abgerundet.

Da die Alte Leipziger Pensionskasse AG kein in Rückdeckung gegebenes Geschäft hat, wurde in der Bilanz auf die Gliederung gemäß Formblatt 1 RechVersV sowie in der Gewinn- und Verlustrechnung auf die Gliederung gemäß Formblatt 3 RechVersV in Brutto und Anteil der Rückversicherer gemäß § 5 Abs. 3 RechVersV verzichtet.

Aktiva

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren beizulegenden Zeitwerten am Bilanzstichtag bewertet. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

werden gemäß § 341b Abs. 2 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Die fortgeführten Anschaffungskosten ermitteln sich hierbei aus den Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem jeweiligen Rückzahlungsbetrag unter

Anwendung der Effektivzinsmethode. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden gemäß § 341c Abs. 3 HGB i. V. m. § 253 HGB mit ihren Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

sind gemäß § 341d HGB mit ihrem Zeitwert ausgewiesen.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

sind mit den Nominalwerten bewertet. Soweit Bonitätsrisiken vorliegen, werden Pauschal- und Einzelwertberichtigungen in Höhe der befürchteten Zahlungs- und Zinsausfälle gebildet.

Sonstige Forderungen

sind mit den Nominalwerten ausgewiesen. Erforderliche Wertberichtigungen werden vorgenommen. Sämtliche als uneinbringlich erkannten Forderungen werden abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Andere Vermögensgegenstände

werden zu Nominalwerten bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Ermittlung der Zeitwerte von Kapitalanlagen

Nach § 54 RechVersV ist für Kapitalanlagen jeweils der Zeitwert anzugeben. Diese Angabe erfolgt im Rahmen des Musters 1. Zum 31. Dezember 2022 betrug der beizulegende Zeitwert der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen 321,6 Mio. € (481,9 Mio. €). Der Buchwert dieser Kapitalanlagen belief sich zum Bilanzstichtag auf 471,2 Mio. € (450,4 Mio. €). Eine detaillierte Darstellung finden Sie in der Tabelle „Entwicklung der Aktivposten“.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Inhaberschuldverschreibungen und der Investmentanteile erfolgte mit den letzten zum Stichtag verfügbaren Börsenkursen bzw. Rücknahmepreisen. Der Zeitwert nicht notierter Zinsanlagen wird anhand der Zinskurve unter Berücksichtigung spezifischer Kreditspreads ermittelt. Bei den übrigen Ausleihungen entsprechen die Zeitwerte den Buchwerten.

Anleihen mit eingebetteten Kündigungsrechten werden unter Anwendung gängiger Modelle bewertet.

Passiva

Versicherungstechnische Rückstellungen

sind unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften gemäß dem Geschäftsplan bzw. den Grundsätzen, die der BaFin nach § 143 VAG mitgeteilt wurden, ermittelt.

Beitragsüberträge

sind grundsätzlich individuell nach Zahlungsweise und Termin berechnet. Das Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 30. April 1974 wurde beachtet.

Deckungsrückstellung

Sie ist durch Interpolation zwischen den Werten zu den angrenzenden Jahrestermen ermittelt worden. Die Berechnung der Deckungsrückstellung zu den Jahrestermen erfolgt grundsätzlich prospektiv einzelvertraglich nach versicherungsmathematischen Grundsätzen. Für beitragsfreie Zeiten wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet, ansonsten werden die Kosten implizit berücksichtigt. Negative Werte aus der Zillmerung sind mit Null bewertet. Die Deckungsrückstellung ist mindestens in der Höhe des gesetzlich oder vertraglich garantierten Rückkaufswertes angesetzt. Die im Wege der Zillmerung angesetzten einmaligen Abschlusskosten übersteigen die gesetzlich

vorgesehenen Höchstgrenzen nicht. Für die Deckungsrückstellung der aus Überschussanteilen erworbenen, garantierten Leistungen gelten die gleichen Berechnungsmethoden und Rechnungsgrundlagen.

Eine Übersicht über die bei der Berechnung verwendeten Rechnungsgrundlagen finden Sie im Anhang unter dem Abschnitt „Angaben zu den Passiva, B.II. Deckungsrückstellung“.

Für Rentenversicherungen mit veralteten Rechnungsgrundlagen ist entsprechend den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht im BaFin-Rundschreiben 01/2005 bekannt gegebenen Grundsätzen die einzelvertragliche Differenz zwischen der Soll- und der Ist-Bilanzdeckungsrückstellung zur Anpassung an aktualisierte Rechnungsgrundlagen zusätzlich eingestellt worden. Dabei wurden vorsichtige Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten angesetzt.

Für Versicherungen, bei denen der Rechnungszins höher ist als der Referenzzins, haben wir die einzelvertraglich gemäß Geschäftsplan ermittelte Differenz zwischen der Soll- und der Ist-Bilanzdeckungsrückstellung zusätzlich gestellt (Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung). Der Referenzzins wurde für Versicherungen des Altbestandes von der BaFin genehmigt und beträgt 1,80 %, für Versicherungen des Neubestandes wurde er nach Maßgabe der Deckungsrückstellungsverordnung berechnet und beträgt 1,57 %. Diese Rückstellungen wurden unter Berücksichtigung vorsichtiger Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten berechnet. Dies vermindert die Zinszusatzreserve/Zinsverstärkung um ca. 19 %. Die Versicherungsnehmer haben auf die erhöhte Rückstellung keinen Anspruch.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

wurden für jeden bis zur Bestandsfeststellung regulierten Versicherungsfall individuell in Höhe der zu erbringenden Leistungen gebildet. Für bis zum 31. Dezember regulierte bzw. gemeldete, aber noch nicht entschiedene Leistungsfälle wurden einzelvertragliche Spätschadenrückstellungen in Höhe des regulierten bzw. erwarteten Schadens gebildet.

Für bereits eingetretene, aber bis zum 31. Dezember noch nicht gemeldete Versicherungsfälle wurde auf Basis von aktualisierten Erfahrungswerten aus der Vergangenheit eine zusätzliche Spätschadenrückstellung gebildet. In den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind Rückstellungen für anteilige Regulierungsaufwendungen enthalten.

Für die Beteiligungsverträge werden die versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Angabe der Federführer bilanziert. Das nicht federführende Konsortialgeschäft wird teilweise geschätzt oder um ein Jahr zeitversetzt gebucht (§ 27 Abs. 3 und 4 RechVersV), da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses die benötigten Daten der federführenden Konsorten noch nicht vorliegen. Das nicht phasengleich gebuchte Konsortialgeschäft ist von untergeordneter Bedeutung.

Deckungsrückstellung für Versicherungen, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Sie entspricht dem korrespondierenden Aktivposten.

Andere Rückstellungen

sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt.

Andere Verbindlichkeiten

sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Passive latente Steuern

Soweit zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden darauf Steuern mit den unternehmensindividuellen Sätzen ermittelt. Berücksichtigt werden hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist oder erst zum Zeitpunkt der Liquidation eintreten würde. Steuerliche Verlustvorträge – soweit vorhanden – werden nur in dem Umfang berücksichtigt als zu erwarten ist, dass sie innerhalb der nächsten fünf Jahre verrechnet werden, bzw. wie ein Passivüberhang an latenten Steuern besteht. Ergibt sich aus der Ermittlung insgesamt eine künftige Steuerbelastung, so wird diese als passive latente Steuer zu Lasten des Steueraufwands angesetzt. Eine sich ergebende künftige Steuerentlastung wird hingegen aufgrund des von uns ausgeübten Wahlrechts nicht berücksichtigt.

Kapitalflussrechnung

	2022	2021
	Tsd. €	Tsd. €
Periodenergebnis	375	170
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	19.848	27.826
Veränderung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten	411	- 192
Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 3.240	- 9.630
Ertragssteueraufwand	0	0
Ertragssteuerzahlungen	0	0
Veränderung sonstiger Bilanzposten	5	321
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	273	224
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	17.673	18.719
Einzahlungen aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von übrigen Kapitalanlagen	63.068	96.137
Auszahlungen aus dem Erwerb von übrigen Kapitalanlagen	- 80.678	- 116.369
Einzahlungen aus dem Verkauf von Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherungen	36	45
Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherungen	- 24	- 22
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 17.598	- 20.210
Veränderung des Finanzmittelfonds	74	- 1.491
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.458	3.949
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	2.532	2.458

Die Kapitalflussrechnung wurde gemäß DRS 21 erstellt. Der Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten „Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand“.

Erläuterungen zur Bilanz

Angaben zu den Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A. im Geschäftsjahr 2022	Zeitwerte	Bilanzwerte
	Vorjahr	Vorjahr
	€	€
A. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	30.123.406	20.360.565
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	196.988.104	204.751.717
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	171.198.322	155.425.630
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.258.772	69.541.805
c) übrige Ausleihungen	281.860	281.860
Summe	481.850.463	450.361.578

¹ davon Zins-Amortisierungen: 591.125 € bei Buchstabe A.2. und A.3.

² davon Zins-Amortisierungen: 611.718 € bei Buchstabe A.2. und A.3.

Der nach § 54 RechVersV auszuweisende Saldo zwischen den Anschaffungskosten (= Bilanzwerten) und beizulegenden Zeitwerten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug -149.604.254 €. Der den Sicherungsbedarf nach § 139 Abs. 3 VAG übersteigende Teil der stillen Reserven ist nach § 153 VVG unseren Versicherungsnehmern zuzurechnen und bei Vertragsende zu 50 % auszuzahlen.

Sonstige Ausleihungen im Buchwert von 169.072.954 € werden über ihren beizulegenden Zeitwert von 119.703.023 € ausgewiesen. Diese Forderungen sind gemäß § 341c Abs. 1 i. V. m. § 253 HGB bzw. § 341 c Abs. 3 HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Inhaberschuldverschreibungen im Buchwert von 220.540.178 € werden über ihren beizulegenden Zeitwert von 114.129.630 € ausgewiesen. Diese Wertpapiere sind gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 i. V. m. § 253 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet und werden zu fortgeführten Anschaffungskosten nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der Bonität der Schuldner und unserer internen Einschätzung besteht kein Anlass für außerplanmäßige Abschreibungen.

	Zugänge ¹	Umbuchungen	Abgänge ²	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr	Zeitwerte Geschäftsjahr
	€	€	€	€	€	€	€
	7.442.176		7.385.569	0	3.690	20.413.481	23.886.786
	48.096.614		32.308.154	0	0	220.540.178	114.129.630
	25.692.184		16.622.805	0	0	164.495.009	123.181.964
	4.083		4.119.229			65.426.660	60.072.694
	34.555		0	0	0	316.415	316.415
	81.269.612	0	60.435.756	0	3.690	471.191.744	321.587.490

C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice	2022	2022
	Anteile	€
AL Trust Aktien Deutschland	2.097,679	216.271
AL Trust Aktien Europa	602,861	27.744
AL Trust Chance A	462,673	39.711
AL Trust Euro Renten A	17,089	619
AL Trust Euro Short Term	9,367	368
AL Trust Global Invest A	423,551	41.855
AL Trust Stabilität A	16,932	997
AL Trust Wachstum A	250,781	18.874
DWS German Equities Typ O	153,630	65.666
ETHNA - AKTIV	17,597	2.320
FIDELITY FDS-EURO GROW-YACC	1,476	28
FIDELITY FDS-EUROPEAN A ACC EUR	4.169,177	83.717
FIDELITY FDS-EUROPEAN GROWTH FUND	25.888,148	397.901
FRANK TEMP INV TEM GR E-IACC	0,424	9
FVS STRATEGIE SICAV-MLT OP-R	41,069	11.054
Templeton Euroland Fund A ACC	148,495	3.072
Templeton Growth (Euro) Fd.A	32.673,837	578.327
Insgesamt		1.488.533

Bei den ausgewiesenen Beträgen handelt es sich ausschließlich um Überschussbeteiligungen.

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2022 errechnet sich eine steuerliche Entlastung bei Investmentanteilen und bei der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle. Eine steuerliche Belastung errechnete sich bei anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Insgesamt ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Aktivüberhang von 79,2 Tsd. €. Der Berechnung liegt ein Steuersatz von 30,18 % zugrunde.

Entwicklung latente Steuern	31.12.2021	Erhöhung/ Verminderung	31.12.2022
	€	€	€
Aktive latente Steuern	78.664	21.001	99.666
Passive latente Steuern	104	20.332	20.435
Saldo nach Verrechnung	78.560	670	79.230

Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist kein Bilanzposten aufzunehmen.

Angaben zu den Passiva

A. Eigenkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 5.000.000 € und ist in 500 voll eingezahlte auf den Namen lautende Stückaktien zu je 10.000 € eingeteilt. Weiterhin wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 26.751.083 € ausgewiesen. Die Gewinnrücklagen zum Bilanzstichtag betragen unverändert 120.017 €, der Bilanzgewinn 1.962.690 €.

B. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung beläuft sich auf 430.822.031 €.

Prozentuale Zusammensetzung nach Tarifgruppen bzw. Rechnungsgrundlagen: M = Männer, F = Frauen, U = Unisex, MT = Mitteilung gem. § 143 VAG.

Leibrentenversicherung, Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen und Waisenrenten-Zusatzversicherungen

Ausscheideordnung	Zins	Berechnungsgrundlage	Anteil an der Deckungsrückstellung
DAV 2004 R M/F/U	0,25 %	Geschäftsplan/MT	0,66 %
DAV 2004 R M/F/U	0,90 %	Geschäftsplan/MT	4,36 %
DAV 2004 R M/F/U	1,25 %	Geschäftsplan/MT	2,98 %
Anpassung an Referenzzins	1,80 % / 1,57 %*	Geschäftsplan/MT	11,80 %
DAV 2004 R M/F/U	1,75 %	Geschäftsplan/MT	3,40 %
DAV 2004 R M/F	1,75 %	Geschäftsplan/MT	2,03 %
DAV 2004 R M/F	2,25 %	Geschäftsplan/MT	16,21 %
DAV 2004 R M/F	2,75 %	Geschäftsplan/MT	13,66 %
Anpassung an DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25 %	VerBaFin 01/2005	1,40 %
DAV 1994 R M/F	3,25 %	Geschäftsplan	42,99 %
Zusammen			99,49 %

* reguliert/dereguliert

Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

Ausscheideordnung	Zins	Berechnungsgrundlage	Anteil an der Deckungsrückstellung
AL2020 I, AL2013T M/F/U	0,25 %	Geschäftsplan/MT	0,00 %
AL2020 I, AL2013T M/F/U	0,90 %	Geschäftsplan/MT	0,01 %
AL2017 I, AL2013T M/F/U	0,90 %	Geschäftsplan/MT	0,03 %
AL2015 I, AL2013T M/F/U	1,25 %	Geschäftsplan/MT	0,03 %
Anpassung an Referenzzins	1,80 % / 1,57 %*	Geschäftsplan/MT	0,05 %
AL2011 I, AL2013T M/F/U	1,75 %	Geschäftsplan/MT	0,02 %
AL2011 I, AL2000T M/F	1,75 %	Geschäftsplan/MT	0,01 %
AL2011 I, AL2000T M/F	2,25 %	Geschäftsplan/MT	0,02 %
DAV 1997 I, AL2000T M/F	2,25 %	Geschäftsplan/MT	0,06 %
DAV 1997 I, AL2000T M/F	2,75 %	Geschäftsplan/MT	0,05 %
DAV 1997 I, AL2000T M/F	3,25 %	Geschäftsplan	0,23 %
Zusammen			0,51 %

* reguliert/dereguliert

B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	€
Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung entwickelte sich wie folgt:	
Stand am Jahresanfang	8.349.707
Entnahme	452.318
Zuführung	920.000
Stand am Jahresende	8.817.389

Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	€
entfallen auf:	
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	373.359
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	51.910
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven	3.433
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an den Bewertungsreserven (ohne Beträge nach Buchstabe c)	249
e) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Buchstabe b)	3.109.850
f) den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Buchstabe c)	65.000
g) den ungebundenen Teil (Rückstellung für Beitragsrückerstattung ohne Buchstaben a bis f)	5.213.588

Die Überschussanteilsätze werden für das dem Berichtsjahr folgende Geschäftsjahr festgesetzt. Sie sind im Abschnitt „Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer im Jahr 2023“ abgedruckt. Der Schlussüberschussanteilfonds und der Sockelbetragfonds werden einzelvertraglich nach Maßgabe der geltenden Deklaration gemäß § 28 RechVersV

berechnet. Bei der Berechnung der Barwerte werden 65 % der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel DAV 1994 T M/F bzw. 90 % der Sterbewahrscheinlichkeiten der Sterbetafel AL 2013 T für Versicherungen mit Versicherungsbeginn ab 2013 verwendet. Der Diskontierungszinssatz beträgt 0,80 % (0,85 %).

D. Andere Rückstellungen

Im Geschäftsjahr waren wie im Vorjahr keine Steuerrückstellungen zu bilden. Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 111.398 € (103.566 €) beinhalten die Aufwendungen für den Jahresabschluss. Die Laufzeiten der Rückstellungen betragen nicht mehr als ein Jahr.

E. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten verzinslich angesammelte Überschussanteile in Höhe von 2.178.919 € (2.136.750 €).

Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

Die gebuchten Beiträge von 23.092.305 € (23.127.882 €) setzten sich aus laufenden Beiträgen von 22.913.937 € (22.885.354 €) und Einmalbeiträgen in Höhe von 178.368 € (242.528 €) zusammen. Sie stammen unverändert ausschließlich aus Kollektivversicherungen. Die gesamten gebuchten Beiträge stammen wie im Vorjahr aus dem Inland im Rahmen von Verträgen mit Gewinnbeteiligungen.

	2022	2021
	€	€
II. 1. und 2. Ergebnis Sonstige Erträge und Aufwendungen		
1. Sonstige Erträge ¹	38.050	40.154
2. Sonstige Aufwendungen ¹	286.776	265.554
Insgesamt	- 248.726	- 225.399

¹ darin enthalten:

Entgelte für Federführungs- und Einrichtungskosten aus dem Führungsgeschäft
Aufwendungen aus dem Führungsgeschäft und für das Unternehmen als Ganzes wie Aufsichtsratskosten, Erstellung, Prüfung und Veröffentlichung Jahresabschluss, Beiträge an Gesamtverband und BaFin, Rechts- und Steuerberatungskosten

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2022	2021
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	333.430	657.883
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB		
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
Aufwendungen insgesamt	333.430	657.883

Die Alte Leipziger Pensionskasse AG hat keine eigenen Beschäftigten. Die verrechneten Personalaufwendungen für die von der Alte Leipziger Lebensversicherung auf

Gegenseitigkeit entsandten Vorstandsmitglieder und den Aktuar werden als Dienstleistungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel (Taunus), besitzt 100 % unseres Grundkapitals. Die entsprechende Mitteilung nach § 20 AktG liegt vor.

Die Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Oberursel (Taunus), erstellt als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird beim Bundesanzeiger eingereicht und dort bekannt gemacht.

Die Angaben zum Honorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 HGB erfolgen gem. § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, in den das Unternehmen einbezogen ist.

Angaben zu Geschäften mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen zählen die in den Konzernabschluss der Alte Leipziger Lebensversicherung einbezogenen Gesellschaften sowie die Hallesche Krankenversicherung, mit der die Alte Leipziger Lebensversicherung einen Gleichordnungskonzern nach § 18 Abs. 2 AktG bildet.

Zu den nahestehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands und die Schlüsselfunktionsinhaber aus dem Kreis der leitenden Angestellten der ersten Führungsebene unter dem Vorstand sowie die nahen Familienangehörigen des vorgenannten Personenkreises sowohl des eigenen Unternehmens als auch der Alte Leipziger Lebensversicherung.

Zwischen den nahestehenden Unternehmen bestehen diverse Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge zur Hebung von Synergieeffekten, wobei ganz überwiegend die Alte Leipziger Lebensversicherung Dienstleistungen für die Konzernunternehmen und die Hallesche Krankenversicherung erbringt und in geringem Umfang empfängt. Die Dienstleistungen werden überwiegend zu Selbstkosten einschließlich entsprechender Gemeinkostenzuschläge beziehungsweise zu vereinbarten marktgängigen Preisen oder im Wege der sachgerechten Kostenteilung abgerechnet.

Bei den Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Personen handelt es sich im Wesentlichen um Versicherungsverträge. Hierbei erhalten nahestehende Personen

Mitarbeiterkonditionen, falls solche vereinbart sind. Ansonsten erfolgen die Vertragsabschlüsse zu den üblichen Bedingungen.

Zusammenfassend ergibt sich keine Berichterstattungspflicht im Sinne des § 285 Satz 1 Nr. 21 HGB über wesentliche Geschäfte zu marktüblichen Bedingungen.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungsverordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Dieser Aufbauprozess war 2009 abgeschlossen, so dass seit 2010 nur noch Beiträge fällig werden, die sich aus der Erhöhung der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen ergeben. Die daraus resultierende Verpflichtung zum Bilanzstichtag beträgt 14.302 €.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 316.703 €.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 2.864.631 €.

Das Risiko, aus dieser Gesamtverpflichtung in Anspruch genommen zu werden, liegt in der drohenden Insolvenz von Lebensversicherungsunternehmen oder Pensionskassen, die durch den Sicherungsfonds aufzufangen wären. Die Höhe der jeweiligen Inanspruchnahme hängt dabei von dem Volumen des zu übertragenden Bestandes ab. Gegenwärtig ist uns kein drohender Insolvenzfall bekannt, der durch die

Protector Lebensversicherungs-AG aufzufangen wäre. Deshalb ist nach unserer Einschätzung eine mögliche Inanspruchnahme aus dieser Verpflichtung mit wesentlichen Auswirkungen sowohl im Hinblick auf den Sonderbeitrag als auch der übrigen Verpflichtung nach unseren derzeitigen Kenntnissen nicht wahrscheinlich.

Aus den getätigten Zeichnungen von Anteilen an einem Immobilien-Spezialfonds bestehen Abnahmeverpflichtungen von insgesamt 10.000.000 €, von denen bislang Valutierungen in Höhe von 4.667.425 € erfolgten.

Sonstige aus der Jahresbilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse, einschließlich der Bestellung von Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten, bestehen nicht.

Organe unserer Gesellschaft

Die Gesamtbezüge der von der Alte Leipziger Lebensversicherung entsandten Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr wurden als Dienstleistungsaufwendungen ausgewiesen. Eine Aufsichtsratsvergütung wurde nicht gezahlt.

Hinsichtlich der Angabe der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats verweisen wir auf Seite 4 dieses Geschäftsberichts.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von 1.962.690,05 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2023 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer im Jahr 2023

Die im Folgenden dargestellten Regelungen zur Überschussbeteiligung und zur Höhe der Überschussanteile gelten für Überschusszuteilungen in der Zeit vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023. Die Höhe der Überschussanteilsätze wurde aufgrund des Jahresabschlusses für das Jahr 2022 festgesetzt.

Galten die nachfolgenden Sätze nicht auch für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022, so sind im Folgenden die Vorjahreswerte in Klammern angegeben oder gesondert dargestellt.

I. Altersrentenversicherungen

A. Das System der Überschussbeteiligung

Grundsätzlich erhält jede Versicherung sowohl in der Zeit vor Rentenbeginn (Aufschubzeit) als auch in der Rentenbezugszeit laufende Überschussanteile, die je nach getroffener Vereinbarung auf unterschiedliche Weise verwendet werden können. Alle Versicherungen mit einem Versicherungsbeginn ab dem 1. Januar 2008 erhalten während der Aufschubzeit auch eine Schlussüberschussbeteiligung. Hinzu kommt eine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Folgenden ist dargestellt, wie die verschiedenen Überschusskomponenten ermittelt werden.

1. Laufende Überschussbeteiligung

a. Die jährlichen Überschusszuteilungen

Jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres werden jeder einzelnen Versicherung laufende Überschussanteile zugeteilt. Die Zuteilung erfolgt, sofern mindestens das zweite Versicherungsjahr erreicht ist. Die laufenden Überschussanteile bestehen aus einem Zinsüberschussanteil. Versicherungen mit der Überschussverwendung Investmentfonds erhalten ferner jährliche Überschussanteile auf das Fondsguthaben. Die im folgenden Abschnitt beschriebene Überschussverwendung Rentenzuwachs ist wie die Grundversicherung überschuss-berechtigt und erhält Zinsüberschussanteile nach gleichen Maßstäben wie die Grundversicherung.

Bei älteren Tarifen ist gegenüber der bei der Tarifikalkulation verwendeten Sterbetafel die Lebenserwartung in den letzten Jahren stark gestiegen. Um die damit verbundenen längeren Rentenzahlungen finanzieren zu können, werden die Prozentsätze für die laufenden Überschussanteile bei den betroffenen Versicherungen entsprechend den jeweils vorliegenden Verhältnissen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen herabgesetzt.

Zinsüberschussanteil

Der Zinsüberschussanteil wird in Prozent des maßgeblichen Deckungskapitals der Versicherung bemessen. Das maßgebliche Deckungskapital ist für Versicherungen mit Beginn ab 2011 und unterjähriger Beitragszahlung das zum Zuteilungszeitpunkt vorhandene Deckungskapital abzüglich $1/4$, $3/8$ bzw. $11/24$ der Summe der im vorherigen Versicherungsjahr bei halbjährlicher, vierteljährlicher bzw. monatlicher Beitragszahlung gezahlten Beiträge, in allen anderen Fällen das zum Zuteilungszeitpunkt vorhandene Deckungskapital.

Überschussanteil auf das Fondsguthaben

Der Überschussanteil auf das Fondsguthaben wird in Prozent des Fondsguthabens bemessen.

- b. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während der Aufschubzeit

Je nach den geltenden Regelungen bei den einzelnen Tarifen und den getroffenen Vereinbarungen sind die folgenden Überschussverwendungen möglich:

Rentenzuwachs

Die laufenden Überschussanteile werden für eine zusätzliche Rente verwendet. Diese zusätzliche Rente kann je nach Tarif und Vereinbarung auch eine zusätzliche Todesfallleistung und/oder eine Mindestlaufzeit beinhalten. Bei Inanspruchnahme einer bei Rentenbeginn anstelle der Rentenzahlung möglichen Kapitalzahlung wird das Deckungskapital des Rentenzuwachses ausgezahlt. Bei Tod oder Rückkauf wird die Todesfallleistung unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt.

Investmentfonds

Die laufenden Überschussanteile werden für den Kauf von Fondsanteilen entsprechend den gewählten Fonds verwendet. Bei Rentenbeginn werden die erworbenen Fondsanteile zu dem dann gültigen Kurs in einen entsprechenden

Geldbetrag umgerechnet und daraus eine zusätzliche Rente gebildet. Bei Inanspruchnahme einer bei Rentenbeginn anstelle der Rentenzahlung möglichen Kapitalzahlung wird der Wert der erworbenen Fondsanteile ausgezahlt. Dies gilt auch bei Tod oder Rückkauf unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen.

Verzinsliche Ansammlung

Die laufenden Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Aus dem bei Rentenbeginn vorhandenen verzinslich angesammelten Guthaben wird eine zusätzliche Rente gebildet. Bei Inanspruchnahme einer bei Rentenbeginn anstelle der Rentenzahlung möglichen Kapitalzahlung werden die verzinslich angesammelten Überschussanteile ausgezahlt. Dies gilt auch bei Tod oder Rückkauf unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen.

- c. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während der Rentenbezugszeit

Rentenzuwachs

Die laufenden Überschussanteile werden für eine zusätzliche Rente verwendet. Diese zusätzliche Rente kann je nach Tarif und Vereinbarung auch eine Mindestlaufzeit beinhalten. Bei Tod wird eine enthaltene Todesfallleistung unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt.

Barauszahlung

Die laufenden Überschussanteile werden zusammen mit den laufenden Renten ausgezahlt.

2. Schlussüberschussbeteiligung (während der Aufschubzeit)

Bei Versicherungen mit Beginn ab 2008 wird für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr der Aufschubzeit eine jährliche Anwartschaft auf Schlussüberschussbeteiligung gebildet. Bei Ablauf der Aufschubzeit wird die Summe der bis dahin gebildeten jährlichen Schlussüberschussanwartschaften für eine zusätzliche Rente verwendet oder ausgezahlt, sofern bei Rentenbeginn eine Kapitalabfindung in Anspruch genommen wird. Bei Tod wird die Summe der bis dahin gebildeten jährlichen Schlussüberschussanwartschaften unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt. Auch bei Rückkauf nach Ablauf einer Wartezeit wird eine Leistung fällig. Diese Leistung

errechnet sich aus dem Deckungskapital der Schlussüberschussanwartschaft multipliziert mit dem Verhältnis aus der nach Ablauf der Wartezeit bis zum Kündigungszeitpunkt verstrichenen Zeit zur ab Ablauf der Wartezeit noch ausstehenden Versicherungsdauer bis zum Rentenbeginn. Die Wartezeit beträgt ein Drittel der vereinbarten Versicherungsdauer bis zum Rentenbeginn, maximal jedoch 10 Jahre. Die bei Rückkauf verfügbare Leistung wird unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt oder für eine zusätzliche Rente verwendet.

Die jährlichen Anwartschaften können auch für vergangene Jahre geändert werden.

Der Satz für die jährliche Anwartschaft wird in Promille des vorhandenen Deckungskapitals der Versicherung bemessen. Bei Versicherungen mit laufender Beitragszahlung besteht der Promillesatz aus einem Basispromillesatz und einem Steigerungspromillesatz. Der Steigerungspromillesatz beträgt 10 % des Basispromillesatzes multipliziert mit der vereinbarten Beitragszahlungsdauer. Bei Einmalbeitragsversicherungen ist der Promillesatz identisch mit dem Basispromillesatz, wenn die Versicherungsdauer bis zum Rentenbeginn wenigstens 11 Jahre beträgt; bei Dauern darunter vermindert sich der Promillesatz für jedes Jahr, das unter 11 Jahre liegt, um 10 % des Basispromillesatzes.

3. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ermittlung und Verteilung der Bewertungsreserven erfolgen nach einem den gesetzlichen Grundlagen (§ 153 Versicherungsvertragsgesetz) entsprechenden, verursachungsorientierten Verfahren. Dabei wird berücksichtigt, wie die Verträge durch längerfristige Kapitalanlage zur Bildung von Bewertungsreserven beigetragen haben.

Bei Beendigung des Vertrages vor Rentenbeginn (Rückkauf oder Tod), spätestens jedoch bei Erleben des Rentenbeginns wird eine einmalige Beteiligung an den Bewertungsreserven fällig, die bei Rückkauf, Tod oder Inanspruchnahme einer Kapitalabfindung unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt wird. Ansonsten wird aus der Beteiligung an den Bewertungsreserven eine zusätzliche lebenslange Rente gebildet. Diese Beteiligung an den Bewertungsreserven ist bei Versicherungen mit Beginn vor 2008 der aktuelle Beteiligungswert – dieser kann auch Null sein. Für Versicherungen mit Beginn ab 2008 wird dieser Wert mit dem erreichten

Sockelbetrag (Tod, Erleben des Rentenbeginns) bzw. Rückkaufswert des Sockelbetrags (Rückkauf) verglichen; fällig wird hier das Maximum aus beiden Größen. Während der Rentenbezugszeit erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven durch eine Erhöhung des Zinsüberschussanteils.

Der Sockelbetrag wird folgendermaßen ermittelt:

Für jedes zurückgelegte Versicherungsjahr wird für den Sockelbetrag eine jährliche Anwartschaft gebildet. Diese ist die positive Summe aus tariflichem Deckungskapital, Überschuss-Deckungskapital sowie ggf. verzinslich angesammeltem Überschussguthaben zum Zuteilungszeitpunkt, multipliziert mit dem Sockelbetragsatz. Der Sockelbetrag ist die Summe der jährlichen Anwartschaften. Bei Rückkauf nach Ablauf einer Wartezeit errechnet sich der Rückkaufswert des Sockelbetrags aus dem Deckungskapital des Sockelbetrags multipliziert mit dem Verhältnis aus der nach Ablauf der Wartezeit bis zum Kündigungszeitpunkt verstrichenen Zeit zur ab Ablauf der Wartezeit noch ausstehenden Versicherungsdauer bis zum Rentenbeginn. Die Wartezeit beträgt ein Drittel der vereinbarten Versicherungsdauer bis zum Rentenbeginn, maximal jedoch 10 Jahre. Die Höhe der Anwartschaft kann auch für vergangene Jahre geändert werden.

B. Die Höhe der Überschussbeteiligung

Versicherungen mit Schlussüberschuss- und Sockelbeteiligung

1. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 0,25 %
2. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 0,90 %
3. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,25 %
4. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,75 % mit Versicherungsbeginn ab 2012 und Vertragsabschluss ab dem 21.12.2012
5. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,75 % mit Versicherungsbeginn ab 2012 und Vertragsabschluss vor dem 21.12.2012

6. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 2,25 % mit Versicherungsbeginn ab 2008

Tarife gemäß	Die laufende Überschussbeteiligung während der Aufschubzeit	Die Überschussbeteiligung während der Rentenbezugszeit
	Zinsüberschussanteil (in Prozent)	Zinsüberschussanteil ¹ (in Prozent)
1.	1,25 (1,30)	1,49 (1,54)
2.	0,60 (0,65)	0,84 (0,89)
3.	0,25 (0,30)	0,49 (0,54)
4.	0,00	0,05
5.	0,00	0,05
6.	0,00	0,05

Werden Überschussleistungen verzinslich angesammelt, erhalten die Tarife gemäß den Ziffern 4 bis 6 den zugrundeliegenden tariflichen Rechnungszins. Alle anderen Tarife erhalten einen Ansammlungszins in Höhe von 1,44 % (1,49 %) p. a.

Der Überschussanteilsatz auf das Fondsguthaben ist je Fonds individuell festgelegt (siehe Abschnitt „Überschussanteile auf Fondsguthaben“).

¹ Darin enthalten ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 Prozentpunkten.

Jahre	Die jährliche Anwartschaft auf Schlussüberschussbeteiligung	
	(Basissatz für die jährliche Anwartschaft in Promille)	
2008 – 2017	3,4	bei allen Tarifen
2018	2,4	bei Tarifen gemäß 1. bis 5.
	1,5	bei Tarifen gemäß 6.
2019	2,4	bei Tarifen gemäß 1. bis 5.
	0,5	bei Tarifen gemäß 6.
2020 – 2021	1,8	bei Tarifen gemäß 1. bis 5.
	0	bei Tarifen gemäß 6.
2022 – 2023	1,8	bei Tarifen gemäß 1. bis 3.
	0	bei Tarifen gemäß 4. bis 6.

Der Sockelbetragsatz beträgt 0,25 % für die Jahre 2008 bis 2014 und 0 % für die Jahre 2015 bis 2023.

Versicherungen ohne Schlussüberschuss- und Sockelbeteiligung

7. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 2,25 % mit Versicherungsbeginn in 2007
8. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 2,75 %
9. Altersrentenversicherungen nach den Tarifen PK10 und PK11 auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 R und eines Rechnungszinses von 3,25 %

Tarife gemäß	Die laufende Überschussbeteiligung während der Aufschubzeit	Die Überschussbeteiligung während der Rentenbezugszeit
	Zinsüberschussanteil (in Prozent)	Zinsüberschussanteil ² (in Prozent)
7.	0,00	0,05
8.	0,00	0,05
9.	0,00 ¹	0,05 ¹

Werden Überschussleistungen verzinslich angesammelt, erhalten alle Tarife den zugrundeliegenden tariflichen Rechnungszins.

Der Überschussanteilsatz auf das Fondsguthaben ist je Fonds individuell festgelegt (siehe Abschnitt „Überschussanteile auf Fondsguthaben“). ¹ (nur Tarife gemäß 9.)

¹ Gegenüber der bei der Tarifkalkulation verwendeten Sterbetafel ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren stark gestiegen. Um die damit verbundenen längeren Rentenzahlungen finanzieren zu können, werden die laufenden Überschussanteilsätze entsprechend den jeweils vorliegenden Verhältnissen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen herabgesetzt. Dies gilt auch für die Überschussanteilsätze auf das Fondsguthaben. Die Überschussanteilsätze sinken durch die Kürzung nicht unter 0 %.

² Darin enthalten ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 Prozentpunkten.

II. Hinterbliebenenrenten- und Waisenrenten-Zusatzversicherungen

A. Das System der Überschussbeteiligung

Grundsätzlich erhält jede Zusatzversicherung sowohl in der Zeit vor einer Rentenzahlung (Anwartschaftszeit) als auch in einer Rentenbezugszeit laufende Überschussanteile, die je nach getroffener Vereinbarung auf unterschiedliche Weise verwendet werden können. Hinzu kommt eine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Folgenden ist dargestellt, wie die verschiedenen Überschusskomponenten ermittelt werden.

1. Laufende Überschussbeteiligung

a. Die jährlichen Überschusszuteilungen

Jeweils zu Beginn eines Versicherungsjahres werden jeder einzelnen Zusatzversicherung laufende Überschussanteile zugeteilt. Die Zuteilung erfolgt, sofern mindestens das zweite Versicherungsjahr erreicht ist. Die laufenden Überschussanteile bestehen aus einem Zinsüberschussanteil. Die im folgenden Abschnitt beschriebene Überschussverwendung Rentenzuwachs ist wie die Grundversicherung überschussberechtigt und erhält Zinsüberschussanteile nach gleichen Maßstäben wie die Grundversicherung.

Bei älteren Tarifen ist gegenüber der bei der Tarifikalkulation verwendeten Sterbetafel die Lebenserwartung in den letzten Jahren stark gestiegen. Um die damit verbundenen längeren Rentenzahlungen finanzieren zu können, werden für die Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen die Prozentsätze für die laufenden Überschussanteile bei den betroffenen Versicherungen entsprechend den jeweils vorliegenden Verhältnissen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen herabgesetzt.

Zinsüberschussanteil

Der Zinsüberschussanteil wird in Prozent des maßgeblichen Deckungskapitals der Zusatzversicherung bemessen. Das maßgebliche Deckungskapital ist für Zusatzversicherungen mit Beginn ab 2011 und unterjähriger Beitragszahlung das zum Zuteilungszeitpunkt vorhandene Deckungskapital abzüglich $\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$ bzw. $\frac{11}{24}$ der Summe der im vorherigen Versicherungsjahr bei halbjährlicher, vierteljährlicher bzw. monatlicher Beitragszahlung

gezahlten Beiträge, in allen anderen Fällen das zum Zuteilungszeitpunkt vorhandene Deckungskapital.

b. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während der Anwartschaftszeit

Im Allgemeinen gilt die gleiche Überschussverwendung wie für die zugehörige Hauptversicherung. In diesem Fall wird der laufende Überschuss aus Hauptversicherung und Zusatzversicherung zusammengerechnet und nach versicherungsmathematischen Grundsätzen so aufgeteilt, dass das Verhältnis der versicherten Renten aus den Zusatzversicherungen zur versicherten Rente aus der Hauptversicherung unverändert bleibt.

Ist die Überschussverwendung für die Hauptversicherung und die Zusatzversicherungen gesondert geregelt, kommt für die Zusatzversicherungen die folgende Überschussverwendung in Betracht.

Einrechnung in die Hauptversicherung

Die laufenden Überschussanteile werden mit den laufenden Überschussanteilen der Hauptversicherung zusammengeführt und zusammen mit diesen so verwendet, wie es für die Hauptversicherung vereinbart wurde.

c. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während einer Rentenbezugszeit

Im Allgemeinen gilt für die Zusatzversicherung die gleiche Überschussverwendung wie für die zugehörige Hauptversicherung.

Ist die Überschussverwendung für die Hauptversicherung und die Zusatzversicherungen gesondert geregelt, kommen für die Zusatzversicherungen je nach den geltenden Regelungen bei den einzelnen Tarifen und den getroffenen Vereinbarungen die folgenden Überschussverwendungen in Betracht.

Rentenzuwachs

Die laufenden Überschussanteile werden für eine zusätzliche Rente entsprechend den vertraglichen Vereinbarungen verwendet.

Barauszahlung

Die laufenden Überschussanteile werden zusammen mit den laufenden Renten ausgezahlt.

2. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ermittlung und Verteilung der Bewertungsreserven erfolgen nach einem den gesetzlichen Grundlagen (§ 153 Versicherungsvertragsgesetz) entsprechenden, verursachungsorientierten Verfahren. Dabei wird berücksichtigt, wie die Verträge durch längerfristige Kapitalanlage zur Bildung von Bewertungsreserven beigetragen haben.

Bei Beendigung der Hauptversicherung vor Altersrentenbeginn (Rückkauf oder Tod), spätestens jedoch bei Erleben des Altersrentenbeginns wird eine einmalige Beteiligung an den Bewertungsreserven fällig, die bei Rückkauf, Tod oder Inanspruchnahme einer Kapitalabfindung unter Beachtung der entsprechenden vertraglichen Regelungen ausgezahlt wird. Ansonsten wird zu Rentenbeginn die Beteiligung an den Bewertungsreserven von Haupt- und Zusatzversicherungen zusammengerechnet und entsprechend der vereinbarten Überschussverwendung für eine zusätzliche Rente verwendet. Während der Rentenbezugszeit erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven durch eine Erhöhung des Zinsüberschussanteils. Die Höhe der Beteiligung kann auch Null sein.

B. Die Höhe der Überschussbeteiligung

1. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 0,25%
2. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 0,90%
3. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,25%
4. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,75% und Vertragsabschluss ab dem 21.12.2012
5. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 1,75% und Vertragsabschluss vor dem 21.12.2012
6. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 2,25%
7. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R und eines Rechnungszinses von 2,75%
8. Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif HZ10 und Waisenrenten-Zusatzversicherungen nach Tarif WZ10 auf Basis der Sterbetafel DAV 1994 R und eines Rechnungszinses von 3,25%

Tarife gemäß	Der Zinsüberschussanteil (in Prozent)	
	während der Aufschubzeit der Hauptversicherung	während der Rentenbezugszeit ²
1.	1,44 (1,49)	1,49 (1,54)
2.	0,79 (0,84)	0,84 (0,89)
3.	0,44 (0,49)	0,49 (0,54)
4.	0,00	0,05
5.	0,00	0,05
6.	0,00	0,05
7.	0,00	0,05
8.	0,00 ¹	0,05 ¹

Werden Überschussleistungen verzinslich angesammelt, erhalten Tarife gemäß Ziffer 4 bis 8 den zugrundeliegenden tariflichen Rechnungszins. Alle anderen Tarife erhalten einen Ansammlungszins in Höhe von 1,44 % (1,49 %) p. a.

¹ Gegenüber der bei der Tarifikalkulation verwendeten Sterbetafel ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren stark gestiegen. Um die damit verbundenen längeren Rentenzahlungen finanzieren zu können, werden für die Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherungen die laufenden Überschussanteilsätze entsprechend den jeweils vorliegenden Verhältnissen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen herabgesetzt. Die Überschussanteilsätze sinken durch die Kürzung nicht unter 0 %.

² Darin enthalten ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 Prozentpunkten.

III. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

A. Das System der Überschussbeteiligung

Grundsätzlich erhält jede Zusatzversicherung laufende Überschussanteile, die je nach getroffener Vereinbarung auf unterschiedliche Weise verwendet werden können. Hinzu kommt eine Beteiligung an den Bewertungsreserven. Im Folgenden ist dargestellt, wie die verschiedenen Überschusskomponenten ermittelt werden.

1. Laufende Überschussbeteiligung

a. Die jährlichen Überschusszuteilungen

In der Aktivitätszeit, d. h. wenn keine Leistungspflicht besteht, erhält jede Zusatzversicherung einen jährlichen Überschussanteil, der in Prozent des für die Zusatzversicherung zu zahlenden Beitrags bemessen wird. Nach Beitragsfreistellung wird der Überschuss in Prozent des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Beitragsfreistellung bemessen.

Während des Bezuges von Berufsunfähigkeitsleistungen werden jeder einzelnen Zusatzversicherung erstmals zu Beginn des zweiten Rentenbezugsjahres laufende Zinsüberschussanteile zugeteilt, sie werden in Prozent des zum Zuteilungszeitpunkt vorhandenen Deckungskapitals bemessen.

b. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während der Aktivitätszeit

In der Aktivitätszeit sind je nach den geltenden Regelungen bei den einzelnen Tarifen und den getroffenen Vereinbarungen die folgenden Überschussverwendungen möglich:

Verzinsliche Ansammlung

Die jeweils nach Ablauf eines Versicherungsjahres zugeteilten laufenden Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Das angesammelte Guthaben wird bei Tod oder Rückkauf unter Beachtung der gleichen Regelungen wie bei der Hauptversicherung ausgezahlt. Bei Erleben des Altersrentenbeginns wird es für eine zusätzliche Altersrente verwendet bzw. bei Inanspruchnahme der anstelle der Rentenzahlung möglichen Kapitalzahlung ausgezahlt. Wenn die Zusatzversicherung vor dem Altersrentenbeginn endet, erfolgt die Einrechnung in die Überschussbeteiligung der Hauptversicherung.

Einrechnung in die Hauptversicherung

Die jeweils nach Ablauf eines Versicherungsjahres zugeteilten laufenden Überschussanteile werden mit den laufenden Überschussanteilen der Hauptversicherung zusammengeführt und zusammen mit diesen so verwendet, wie es für die Hauptversicherung vereinbart wurde.

c. Die Verwendung der laufenden Überschussanteile (Überschussverwendung) während eines Leistungsbezugs

Die laufenden Zinsüberschussanteile werden für einen Rentenzuwachs verwendet. Dies führt dazu, dass die Rente jedes Jahr um einen Prozentsatz in Höhe des Zinsüberschussanteilsatzes steigt. Der Rentenzuwachs zu einer baren Rente wird zusammen mit der Rente ausgezahlt. Der Rentenzuwachs zur Beitragsbefreiung wird verzinslich angesammelt oder in die Hauptversicherung eingerechnet.

Das verzinslich angesammelte Guthaben wird bei Tod unter Beachtung der gleichen Regelungen wie bei der Hauptversicherung ausgezahlt. Bei Erleben des Altersrentenbeginns wird es für eine zusätzliche Altersrente verwendet bzw. bei Inanspruchnahme der anstelle der Rentenzahlung möglichen Kapitalzahlung ausgezahlt. Bei Reaktivierung oder Ablauf der Zusatzversicherung vor dem Altersrentenbeginn erfolgt die Einrechnung in die Überschussbeteiligung der Hauptversicherung.

2. Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ermittlung und Verteilung der Bewertungsreserven erfolgen nach einem den gesetzlichen Grundlagen (§ 153 Versicherungsvertragsgesetz) entsprechenden, verursachungsorientierten Verfahren. Dabei wird berücksichtigt, wie die Verträge durch längerfristige Kapitalanlage zur Bildung von Bewertungsreserven beigetragen haben.

Ist bei Beendigung der Hauptversicherung (Tod, Rückkauf, Erleben des Rentenbeginns) ein Beteiligungswert vorhanden, wird dieser zusammen mit dem Beteiligungswert der Hauptversicherung verwendet.

Während des Bezuges von Berufsunfähigkeitsleistungen erfolgt die Beteiligung an den Bewertungsreserven durch eine Erhöhung des jährlich neu ermittelten Zinsüberschussanteils.

B. Die Höhe der Überschussbeteiligung

1. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2020 I, der Sterbetafel AL 2013 T und eines Rechnungszinses von 0,25 %
2. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2020 I, der Sterbetafel AL 2013 T und eines Rechnungszinses von 0,90 %
3. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2017 I, der Sterbetafel AL 2013 T und eines Rechnungszinses von 0,90 %
4. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2011 I, der Sterbetafel AL 2013 T und eines Rechnungszinses von 1,25 %
5. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2011 I, der Sterbetafel AL 2013 T und eines Rechnungszinses von 1,75 %
6. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2011 I, der Sterbetafel AL 2000 T und eines Rechnungszinses von 1,75 %
7. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel AL 2011 I, der Sterbetafel AL 2000 T und eines Rechnungszinses von 2,25 % mit Versicherungsbeginn ab 2011
8. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel DAV 1997 I, der Sterbetafel AL 2000 T und eines Rechnungszinses von 2,25 % mit Versicherungsbeginn vor 2011
9. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel DAV 1997 I, der Sterbetafel AL 2000 T und eines Rechnungszinses von 2,75 %
10. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen nach Tarif BZ10 auf Basis der Berufsunfähigkeitstafel DAV 1997 I, der Sterbetafel AL 2000 T und eines Rechnungszinses von 3,25 %

Tarife gemäß	Die Überschussbeteiligung während der Aktivitätszeit					Die Überschussbeteiligung für Rentner
	Der laufende Überschussanteil (Basisprozentsatz)					Der Zinsüberschussanteil (in Prozent) ¹
1.	22 ²					1,49 (1,54)
2.	22 ²					0,84 (0,89)
3.	22 ³					0,84 (0,89)
4.	28 ³					0,49 (0,54)
5.	28 ³					0,05
6.	31 ³					0,05
7.	31 ³					0,05
Tarife gemäß	Die Überschussbeteiligung während der Aktivitätszeit					Die Überschussbeteiligung für Rentner
	Der laufende Überschussanteil (Basisprozentsatz) für die Berufsgruppen					Der Zinsüberschussanteil (in Prozent) ¹
	1+	1	2	3	4	
8.	49 ³	41 ³	41 ³	24 ³	20 ³	0,05
9.	49 ³	41 ³	41 ³	24 ³	21 ³	0,05
10.	50 ³	41 ³	41 ³	19 ³	5 ³	0,05

Werden Überschussleistungen verzinslich angesammelt, erhalten Tarife gemäß Ziffer 5 bis 10 den zugrundeliegenden tariflichen Rechnungszins. Alle anderen Tarife erhalten einen Ansammlungszins in Höhe von 1,44 % (1,49 %) p. a.

¹ Darin enthalten ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,05 Prozentpunkten.

² Bei Verträgen gegen Einmalbeitrag, mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer und beitragsfrei gestellten Verträgen wird dieser Prozentsatz mit einem Faktor multipliziert. Dieser beträgt 1 für Versicherungen, bei denen die Beitragszahlungsdauer größer als 15 Jahre ist. Für Beitragszahlungsdauern unter 15 Jahren ist dieser Faktor das Verhältnis von Beitragszahlungsdauer zu dem Minimum aus 15 und der Versicherungsdauer. Für Einmalbeitragsversicherungen ist dieser Faktor das Verhältnis von 1 zu dem Minimum aus 15 und der Versicherungsdauer. Beitragsfrei gestellte Zusatzversicherungen werden wie Einmalbeitragsversicherungen behandelt.

³ Bei Verträgen gegen Einmalbeitrag, mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer und beitragsfrei gestellten Verträgen wird dieser Prozentsatz mit einem Faktor multipliziert. Dieser beträgt 1 für Versicherungen, bei denen die Beitragszahlungsdauer größer als 8 Jahre ist. Für Beitragszahlungsdauern unter 8 Jahren ist dieser Faktor das Verhältnis von Beitragszahlungsdauer zu dem Minimum aus 8 und der Versicherungsdauer. Für Einmalbeitragsversicherungen ist dieser Faktor das Verhältnis von 1 zu dem Minimum aus 8 und der Versicherungsdauer. Beitragsfrei gestellte Zusatzversicherungen werden wie Einmalbeitragsversicherungen behandelt.

IV. Überschussanteile auf Fondsguthaben

Für die Fonds fallen bei der Kapitalanlagegesellschaft Kosten für die Fondsverwaltung an, die dem Fondsguthaben entnommen werden. Einen Teil der Kosten erhalten wir als Rückvergütung. Wir deklarieren den Überschussanteil auf das Fondsguthaben in Höhe der jeweiligen

Rückvergütungen abzüglich 0,25 Prozentpunkte. Im Folgenden sind die ab

1. Januar 2023 geltenden Sätze wiedergegeben. Ändern die Fondsgesellschaften unterjährig die Rückvergütungen, werden die Überschussanteile entsprechend angepasst.

Fonds	ISIN	Jährlicher Überschussanteil
AL Trust Aktien Deutschland	DE0008471608	0,45 %
AL Trust Aktien Europa	DE0008471764	0,45 %
AL Trust Chance	DE000A0H0 PH0	0,83 %
AL Trust Chance Inst T	DE000A2 PWPC0	--
AL Trust Euro Renten	DE0008471616	--
AL Trust Euro Renten Inst T	DE000A2 PWPA4	--
AL Trust Euro Short Term	DE0008471699	--
AL Trust Global Invest	DE0008471715	0,45 %
AL Trust Global Invest Inst T	DE000A2 PWPB2	--
AL Trust Stabilität	DE000A0H0 PF4	0,43 %
AL Trust Stabilität Inst T	DE000A2 PWPD8	--
AL Trust Wachstum	DE000A0H0 PG2	0,63 %
AL Trust Wachstum Inst T	DE000A2 PWPE6	--
DWS German Equities Typ O	DE0008474289	0,33 %
Ethna-AKTIV	LU0136412771	0,30 %
Fidelity Funds - European Growth Fund	LU0048578792	0,45 %
Fidelity Funds - European Growth Fund Y	LU0346388373	--
Fidelity Funds - Sustainable Eurozone Equity Fund	LU0238202427	0,45 %
Flossbach von Storch - Multiple Opportunities I	LU0945408952	--
Flossbach von Storch SICAV - Multiple Opportunities	LU0323578657	0,30 %
Templeton Euroland Fund	LU0093666013	0,60 %
Templeton Growth (Euro) Fund	LU0114760746	0,60 %
Templeton Growth (Euro) Fund I	LU0114763096	--

Oberursel (Taunus), den 20. Februar 2023

Der Vorstand

Reinelt

Ziyal

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die ALTE LEIPZIGER Pensionskasse AG, Oberursel (Taunus)

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ALTE LEIPZIGER Pensionskasse AG, Oberursel (Taunus), – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ALTE LEIPZIGER Pensionskasse AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. *Den Abschnitt „Hinweis auf den Nachhaltigkeitsbericht“ des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft*

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Ver-

antwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- den Abschnitt „Hinweis auf den Nachhaltigkeitsbericht“, der im Lagebericht enthalten ist
- den Bericht des Aufsichtsrats

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder

anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht

insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 3. März 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Hildebrand	gez. Sommer
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüferin

Kontakt

Direktion

Alte Leipziger

Pensionskasse AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)

Telefon (0 61 71) 66-07

pensionskasse@alte-leipziger.de

www.alte-leipziger.de

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon (0 61 71) 66-69 67

presse@alte-leipziger.de

Die Vertriebsdirektionen der ALH Gruppe

Vertriebsdirektion Nord

Ludwig-Erhard-Straße 14, 20459 Hamburg

Telefon für:

Lebensversicherung: (040) 35 70 56-39

Krankenversicherung: (040) 35 70 56-59

Sachversicherung: (040) 35 70 56-79

Vertriebsdirektion Ost

Markt 5/6, 04109 Leipzig

Postfach 10 14 53, 04014 Leipzig

Telefon für:

Lebensversicherung: (03 41) 9 98 92-39

Krankenversicherung: (03 41) 9 98 92-59

Sachversicherung: (03 41) 9 98 92-79

Vertriebsdirektion West

Immermannstraße 65 b, 40210 Düsseldorf

Telefon für:

Lebensversicherung: (02 11) 60 29 86-39

Krankenversicherung: (02 11) 60 29 86-59

Sachversicherung: (02 11) 60 29 86-89

Vertriebsdirektion Mitte

An der Billwiese 26, 61440 Oberursel (Taunus)

Postfach 15 42, 61405 Oberursel (Taunus)

Telefon für:

Lebensversicherung: (0 61 71) 66 66-39

Krankenversicherung: (0 61 71) 66 66-59

Sachversicherung: (0 61 71) 66 66-79

Vertriebsdirektion Südwest

Silberburgstraße 80, 70176 Stuttgart

Postfach 10 21 36, 70017 Stuttgart

Telefon für:

Lebensversicherung: (07 11) 27 38 96-39

Krankenversicherung: (07 11) 27 38 96-59

Sachversicherung: (07 11) 27 38 96-79

Vertriebsdirektion Süd

Sonnenstraße 33, 80331 München

Postfach 33 04 08, 80064 München

Telefon für:

Lebensversicherung: (089) 2 31 95-490

Krankenversicherung: (089) 2 31 95-239

Sachversicherung: (089) 2 31 95-263

Impressum

Herausgeber

Alte Leipziger

Pensionskasse AG

Alte Leipziger-Platz 1, 61440 Oberursel (Taunus)

Postfach 16 60, 61406 Oberursel (Taunus)

Telefon (0 61 71) 66-07

www.alte-leipziger.de

Koordination & Redaktion

Alte Leipziger

Pensionskasse AG

Oberursel (Taunus)

Zentralbereiche Vorstand/Presse, Rechnungswesen

Satz

Inhouse erstellt mit firesys

Geschäftsbericht im Internet

www.alte-leipziger.de/konzern/berichte/